

Inhalt

Die Delegation der Republik Südafrika	4
Vorwort	5
Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1998.....	8
<hr style="width: 25%; margin-left: 0;"/>	
1. Einleitung	9
2. Die National Model United Nations Conference.....	11
3. „Inflammable Waters“	13
4. Die UN-Study Tour	15
4.1 Briefing on Sustainable Development	17
4.2 Briefing on Social Development.....	18
4.3 Briefing on Human Rights.....	19
4.4 Briefing on Terrorism	22
4.5 Briefing on Humanitarian Assistance	24
4.6 Briefing on UN Reform	26
5. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen	27
6. Der Besuch bei der Delegation der EU-Kommission bei den Vereinten Nationen	29
7. Die Republik Südafrika: Ein Überblick.....	32
8. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung Südafrikas bei den Vereinten Nationen	33
9. Die Arbeit der Südafrikanischen Delegation auf der National Model United Nations Conference 1998.....	35
9.1 Südafrika in der Generalversammlung	35
9.2 Südafrika im Dritten Ausschuß der Generalversammlung	37
9.3 Südafrika im Vierten Ausschuß der Generalversammlung.....	40
9.4 Südafrika im Wirtschafts- und Sozialrat.....	43
9.5 Südafrika in der Menschenrechtskommission (CHR)	46
9.6 Südafrika im Expertentreffen zum Recht auf Entwicklung.....	49
9.7 Südafrika in dem Gemeinsamen Ministerial Treffen der IMF und der Weltbank.....	51
9.8 Südafrika in der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD).....	54
9.9 Südafrika in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU).....	58
10. Resolution	61

National Model United Nations 1998

Delegation der Republik Südafrika

Philipp Belter	Jura	FU Berlin	UNCTAD
Jan Bittner	Politologie	FU Berlin	ECOSOC
Gregor C. Blach	Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation	HDK Berlin	ECOSOC
Maria Pia Castro	Politologie	FU Berlin	Right to Development
Jan Matthias Diehl	Jura	FU Berlin	GV, 4. Ausschuß
Stefanie Dobbert	BWL	HU Berlin	UNCTAD
Markus Fibinger	Politologie	FU Berlin	Right to Development
Lutz Güllner	Politologie	FU Berlin	OAU
Liv Jacobsen	VWL/Geschichte	FU Berlin	IMF/Weltbank
Tobias Kahler	Politologie	FU Berlin	Generalversammlung
Johannes Kiersch	Politologie	FU Berlin	GV, 4. Ausschuß
Renate Koßmehl	Biologie	FU Berlin	OAU
Kathrin Lorenz	Politologie	FU Berlin	CHR
Katrin Luger	BWL	FU Berlin	GV, 3. Ausschuß
Christian Webersik	Politologie	FU Berlin	GV, 3. Ausschuß
Jens Weinmann	Energie- und Verfahrenstechnik	TU Berlin	Generalversammlung
Valerie Weinzierl	BWL	FU Berlin	IMF/Weltbank
Head Delegate			
Sachka Stefanova	Politologie, Jura	FU Berlin	CHR
Nachrücker			
Bianka Aybar	Politologie	FU Berlin	UNCATD
Susanne Keller	Osteuropastudien/Geschichte/Politologie	FU Berlin	ECOSOC
Sandra Weidemann	Politologie	FU Berlin	GV, 4. Ausschuß
Faculty Advisor			
Klaus Hüfner	VWL	FU Berlin	
Peggy Wittke	Jura	FU Berlin	

Vorwort

Seit 1995, als die Vereinten Nationen (VN) ihr 50jähriges Bestehen feierten, sind wir mit einer Delegation der Freien Universität Berlin dabei. Wir vertraten

1995 die Republik Litauen,

1996 die Syrische Arabische Republik,

1997 das Königreich Norwegen und

1998 die Republik Südafrika

auf den *National Model United Nations* Konferenzen, die jeweils in New York am Hauptquartier der Vereinten Nationen stattfanden.

Die Lernziele waren hochgesteckt:

(1) Englisch als Arbeitssprache;

(2) sehr gute Kenntnisse über Aufgaben und Strukturen des Systems der Vereinten Nationen;

(3) gründliches Kennenlernen und Einüben der Verhandlungsregeln („Rules of Procedure“) der Vereinten Nationen;

(4) intensives Studieren von Politik und Geschichte, Wirtschaft und Kultur des zu vertretenden Landes.

Diese Ziele konnten nur durch eine gründliche, fünfmonatige Vorbereitungsphase angepeilt werden, an der alle Teilnehmer beteiligt waren.

Obwohl die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung eines solchen Planspiels sowohl inhaltlich als auch organisatorisch mit viel Arbeit verbunden war, die von der Auswahl der Teilnehmer bis zu der Beschaffung der finanziellen Mittel reichte, habe ich an der Teilnahme von Studierenden der Freien Universität Berlin an dieser weltweit größten Simulation im Rahmen des VN-Systems von Verhandlungen über konkrete Weltprobleme gern mitgewirkt, ging es doch hier um weitaus mehr als eine reine Wissensvermittlung.

Planspiele, die möglichst realitätsnah gestaltet werden, führen zu Handlungskompetenzen, die zwar immer wieder von den Hochschulabsolventen gefordert, aber wegen

der traditionellen Hochschulorganisation höchst selten eingelöst werden. Das Erlernen und Einüben von Verhandlungsstrategien in englischer Sprache, das sich Hineinversetzen in die Rolle einer anderen Regierung, deren Interessen zu vertreten sind, die Berücksichtigung der außenpolitischen Positionen der „Gegenspieler“ in einem multilateralen Kontext sind Lernziele, die in einer kombinierten Form von Theorie und Praxis nur über solche VN-Simulationen umgesetzt werden können.

Die Nachfrage war stets deutlich größer als das Angebot: Bewußt wurde die Zahl der Teilnehmer auf 18 begrenzt, um gruppendynamische Prozesse zu ermöglichen, damit die Delegation zu einem Team zusammenwachsen konnte. Zu dem „hidden curriculum“ gehörte neben einem direkten Einblick in das US-amerikanische Hochschulsystem, der durch die Verhandlungen mit den anderen Delegationen vor Ort erfolgte, auch die Beschäftigung mit anderen Disziplinen, mit denen die Studierenden anhand der bewußt erfolgten fachbereichsübergreifenden Auswahl der Teilnehmer konfrontiert waren. Im Interesse eines eigenverantwortlichen Handelns wurde bei den Verhandlungen in den Gremien seitens der Projektleitung nur eine beratende Funktion angeboten, die jedoch jederzeit in Anspruch genommen werden durfte.

Darüber hinaus wurde seit 1996 eine zweitägige UN-Study Tour angeboten, um im UN-Hauptquartier mit internationalen Beamten aktuelle Probleme zu diskutieren. Abgerundet wurden die NMUN-Konferenzen durch Besuche bei den Ständigen Vertretungen sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch des jeweiligen Landes, das von den Studierenden vertreten wurde.

Mein Dank gilt den zahlreichen Förderern bei der Finanzierung dieses Projektes, dem Außenamt und dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, dem Auswärtigen Amt, dem Landesverband Berlin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen sowie der CON MOTO-Beratungsgruppe und der Lufthansa.

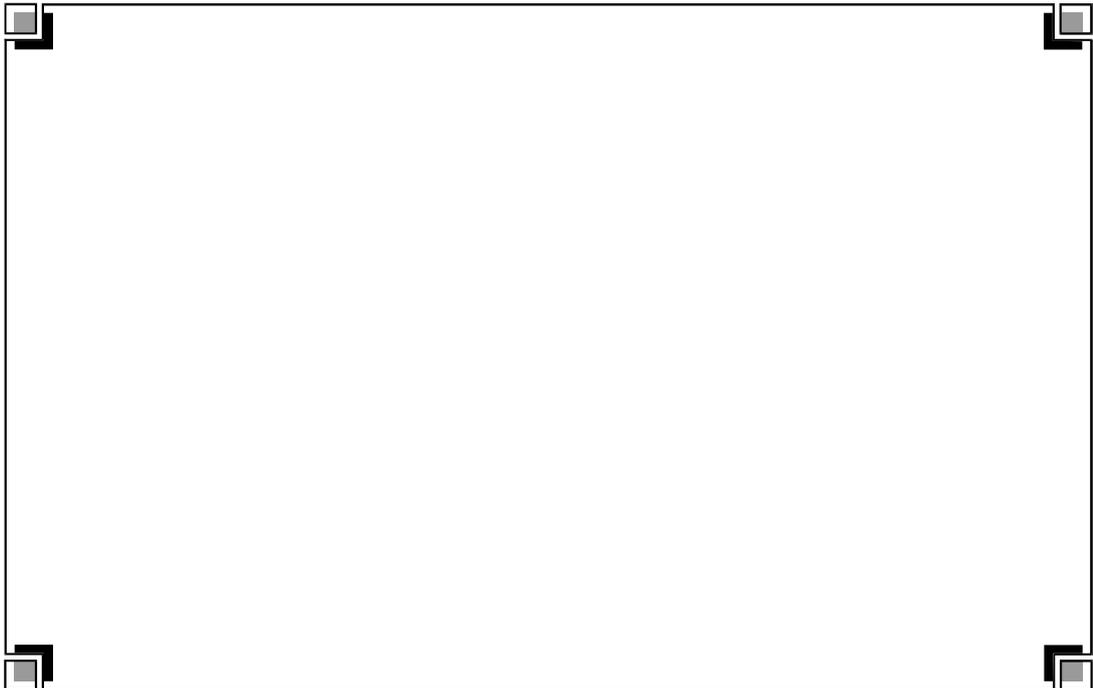
Ohne das persönliche Engagement von Peggy Wittke wäre eine erfolgreiche Durchführung dieses Projektes nicht denkbar gewesen, wofür ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken möchte. Mein Dank gilt auch den engagierten Studierenden,

von denen ich stellvertretend an dieser Stelle Steffen Wagner und Sachka Stefanova nennen möchte.

Die 1998 erhaltene Auszeichnung „Honorable Mention“ war zugleich Beweis für die bisherigen erfolgreichen Bemühungen und die großartige Team-Leistung der diesjährigen Delegation, welche die Republik Südafrika vertrat.

Ich verabschiede mich ungern von diesem Projekt und wünsche meinen Nachfolgern bei der Fortsetzung des Projekts viel Erfolg sowie die notwendige Unterstützung vor allem seitens der Freien Universität Berlin.

Klaus Hübner



Sponsoren der Berliner Delegation bei der National Model United Nations Conference 1998

Wir bedanken uns bei den folgenden Personen, Unternehmen und Institutionen für ihre finanzielle und/oder ideelle Unterstützung unserer Teilnahme am *National Model United Nations 1998*:

Auswärtiges Amt, Bonn

Botschaft der Republik Südafrika, Außenstelle Berlin

Frau Chopra, UN-Dokumentationsstelle, Universitätsbibliothek der FU Berlin

CON MOTO - Beratungsgruppe - , München

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin

Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn

Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), Berlin

Freie Universität Berlin, Außenamt und Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Sharon McHale, Special Assistant to the Deputy Secretary-General, WFUNA

Herr Dr. Bernhard Neugebauer, Botschafter a. D.

Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, New York

Ständige Vertretung Südafrikas bei den Vereinten Nationen, New York

UNi-Gruppe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin

Mrs. Annabelle Wiener, Deputy Secretary-General, WFUNA, New York

Special thanks to Geneviève Libonati for never ending support !

1. Einleitung

Der Dokumentation soll in diesem Jahr das Ergebnis unserer vierten Teilnahme an der *National Model United Conference* vorangestellt werden: die FU-Delegation erhielt in diesem Jahr zum ersten Mal die Auszeichnung „Honorable Mention“ (3. Platz) von insgesamt 194 internationalen Universitäten. Die Verleihung der Urkunde in der General Assembly Hall im Hauptquartier der Vereinten Nationen wird für alle Beteiligten ein wohl unvergessenes Erlebnis bleiben. Neben der hervorragenden Leistung der Südafrikanischen Delegation in diesem Jahr ist aber auch festzuhalten, daß alle bisherigen Delegationen durch ihre engagierte Teilnahme auf der internationalen NMUN-Bühne in New York von Anbeginn unserer Teilnahme keinen Zweifel daran ließen, daß Berliner Studierende hoch motiviert und international konkurrenzfähig sind.

Zu der Vorbereitung gehörte in diesem Jahr nicht nur das offizielle NMUN-Seminar, für das ich einen Lehrauftrag vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaft erhalten habe, sondern auch eine internationale Probesimulation „Inflammable Waters“, die die UNi-Gruppe der DGVN in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) organisierte. Diese Probesimulation hat wesentlich dazu beigetragen, die Teilnehmer auf die diplomatischen Verhandlungen in New York vorzubereiten und wir hoffen sehr, dieses Projekt auch in der Zukunft weiterführen zu können.

Zur weiteren Vorbereitung gehörte auch in diesem Jahr die zweitägige UN-Study Tour mit interessanten Briefings im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. Wir besuchten außerdem die Ständigen Vertretungen Südafrikas und Deutschlands bei den Vereinten Nationen und erhielten einen illustrativen Überblick über die Aufgabengebiete der Vertretungen der UN-Mitgliedstaaten. Der Empfang bei der Delegation der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen verdeutlichte die Zusammenarbeit von EU und UN auf den verschiedensten Gebieten.

Den Hauptteil dieser Dokumentation bilden die Erfahrungsberichte der Südafrikanischen Delegation auf der NMUN-Konferenz.

Auf diesem Wege möchte ich mich bei der Delegation bedanken, denn die diesjährige Auszeichnung war für mich eine Bestätigung der Arbeit in den vergangenen vier Jahren, in denen die NMUN-Teilnahme von einer studentischen Initiative zu einem offiziellen Seminar an der FU Berlin wurde. Zugleich bedanke ich mich bei Prof. Dr. Hüfner, der uns sein Vertrauen geschenkt hat, uns unterstützte und den Weg zur offiziellen Anerkennung ebnete.

Peggy Wittke

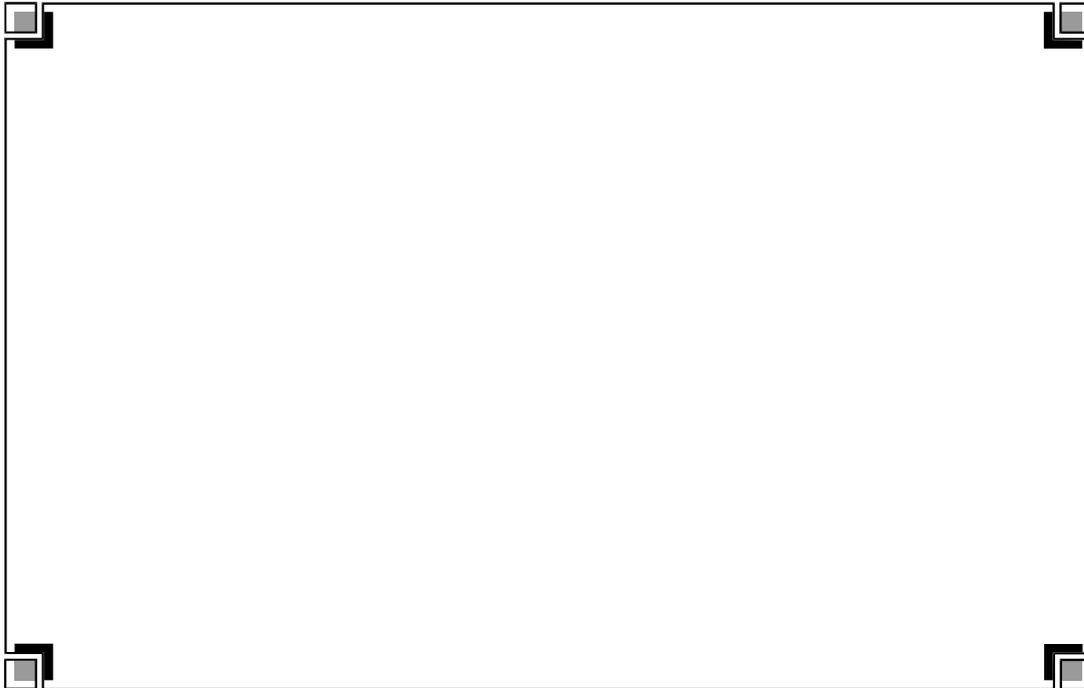
2. Die National Model United Nations Conference

Das *National Model United Nations* (NMUN) wurde 1946 als Nachfolger des 1923 gegründeten *Model League of Nations* ins Leben gerufen. Diese Programme wandten sich zunächst an Universitätsstudenten mit dem Ziel, durch eine möglichst authentische Simulation des Völkerbundes bzw. nunmehr der Vereinten Nationen den Studierenden die Arbeit und Funktionsweisen der Internationalen Organisationen näherzubringen. Die Popularität der Model United Nations-Programme ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Inzwischen werden Planspiele dieser Art auch an Schulen abgehalten, allein in den Vereinigten Staaten nehmen heute jährlich mehr als 60.000 Schüler und Studenten an UN-Simulationen teil. Diese Entwicklung ist aber nicht auf die Vereinigten Staaten begrenzt: in mehr als 25 Staaten dieser Welt werden heute Simulationen veranstaltet. In Berlin findet bereits seit einigen Jahren das BERMUN an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf statt.

Das *National Model United Nations* in New York ist die größte Simulation der Vereinten Nationen der Welt. Jährlich nehmen rund 2.000 Studierende aus Nordamerika, Kanada und Asien, aber auch aus Europa an der sechstägigen Konferenz teil. Veranstalter des NMUN ist die 1946 gegründete *National Collegiate Conference Association, Inc.*, die eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und seit 1995 als *Nongovernmental Organization* anerkannt ist. Das *Board of Directors*, dem von 1995-1997 auch der Privat-Dozent am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München, Dr. Dietmar Herz, angehörte, koordiniert und überwacht die Simulationen. Die eigentliche Vorbereitung der Konferenz übernimmt ein studentisches Organisationskomitee, das jeweils für ein Jahr gewählt wird. An der Spitze dieses Organisationskomitees steht der NMUN-*Secretary General*, unterstützt von einem *Director-General* und einem *Chief of Staff*.

Jede teilnehmende Hochschule vertritt auf der Konferenz einen zuvor ausgewählten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen. Angelehnt an die Realität sind die Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Gremien der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen vertreten. Im Vorfeld der Konferenz besteht die Aufgabe der zukünftigen Delegierten darin, sich detailliert in die Politik und Geschichte „ihres“ Landes einzuarbeiten, um möglichst wirklichkeitsgetreu während der Konferenz auftreten zu können. Darüber hinaus ist die intensive Erarbeitung der „eigenen“ Position zu den in den *Committees* jeweils behandelten Themen notwendig. Hilfreich erweist sich dies-

bezüglich der von dem NMUN-Staff organisierte Besuch bei der Ständigen Vertretung (*Permanent Mission to the United Nations*) des vertretenen Staates, der den Studenten Gelegenheit gibt, weitere Hintergrundinformationen von oftmals ranghohen Diplomaten zu erhalten.



In der General Assembly Hall bei den Vereinten Nationen: Matthias Diehl, Philipp Belter, Jan Bittner und Gregor C. Blach

Während der fünftägigen NMUN-Konferenz wird in den einzelnen *Committees* um die Ausarbeitung von Resolutionen und Berichten gerungen. Hierbei wird deutlich, daß die Vorbereitung sich nicht nur auf das eigene vertretene Land beziehen darf, sondern es müssen auch Informationen über „Freunde und Feinde“ zusammengetragen werden, um bei den Verhandlungen die richtigen Partner für Gespräche gewinnen zu können. Die Delegierten werden als aktive Diplomaten gefordert, die ihre Position darstellen und durchzusetzen versuchen oder, wenn nötig, auch Kompromissen zugänglich sein müssen, stets unter Wahrung der besonderen Interessen des vertretenen Staates. Nicht zuletzt wird hier der größte Reiz der NMUN-Konferenz deutlich: der einzelne Delegierte muß sich und die Interessen „seines“ Landes in die Debatte einbringen und erfährt durch die Reaktion der anderen Delegierten sofort das Resultat seiner Bemühungen. Die zuvor erarbeiteten Kenntnisse werden umgesetzt und der Lerneffekt sichtbar gemacht. Den Abschluß der Konferenz bilden die Abstimmungen der Generalversammlung bzw. des Wirtschafts- und Sozialrates über

ausgewählte Resolutionen, die im Gebäude der Vereinten Nationen stattfinden. Die angenommenen Resolutionen werden anschließend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, als Ergebnis der *National Model United Nations Conference* überreicht.

Peggy Wittke

3. Inflammable Waters, 13. - 15. März 1998

Die Gelegenheit, ihre diplomatischen Fähigkeit auszuprobieren, erhielten die NMUN-Teilnehmer bereits in Berlin auf der „*UN Security Council Emergency Session on the Middle East - Inflammable Waters*“. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) veranstaltete die UNi-Gruppe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Berlin, ein Planspiel zur Wasserproblematik im Nahen Osten. Der ehemalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali hatte bereits vor Jahren davor gewarnt, daß der nächste Nahostkrieg nicht um Land oder Öl geführt werde, sondern um Wasser. Auch Bundesaußenminister Kinkel bezeichnete auf der Anfang März eröffneten Tagung zu globaler Wasserpolitik in Bonn Wasser als ein „Instrument politischer Machtsicherung“ und unterstrich, daß es im Nahen Osten keinen dauerhaften Frieden ohne eine Klärung des Zugangs zum Wasser geben werde.

Dieser Problematik stellten sich 20 Diplomaten aus Entwicklungsländern, die einen Fortbildungslehrgang bei der DSE besuchten, die NMUN-Teilnehmer und weitere zehn engagierte Berliner Studierende. Nachfolgend der Erfahrungsbericht der „chinesischen Delegierten“ Valerie Weinzierl:

Die ersten diplomatischen Gehversuche

Einberufen zur "*UN Security Council Emergency Session on the Middle East*", fanden wir "eigentlichen Südafrikaner" uns vom 13.-15. März in den Räumen der DSE wieder. Es war unsere Aufgabe gemeinsam mit 20 Attachés aus Entwicklungsländern und einigen engagierten Studenten die Konflikte im Rahmen der Wasserkrise im Nahen Osten zu schlichten. Nachdem wir uns anhand der detaillierten "Background Guides" in die Problematik und unsere jeweilige Position hineingearbeitet hatten,

repräsentierten wir also in Dreiergruppen die im Sicherheitsrat vertretenen Nationen und die Konfliktparteien. Zum ersten Mal wurden die "Rules of Procedure" angewandt; zum ersten Mal mußten wir mit diplomatischem Geschick unsere Englischkenntnisse unter Beweis stellen. Und es machte richtig Spaß. Jeder schlüpfte in seine "vorgegebene" Rolle und versuchte mit Charme oder Vehemenz seine Vorstellungen durchzusetzen. Besonders interessant war es doch, die zukünftigen Diplomaten in ihrem Auftreten zu beobachten.

Nach eineinhalb Tagen hitziger Verhandlungen wurde gefeiert. Anfangs noch fiel es fast schwer wieder in die "Berliner Studentenrolle" zurückzukehren, doch nach Wein und Tanz löste sich auch dieses. Nun vergaß an diesem Abend so mancher, daß der Sonntag für uns Diplomaten ein Arbeitstag ist und entsprechend müde Gesichter konnte man dann an unserem letzten Verhandlungstag ausmachen. Doch der "Ernst" blieb nicht auf der Strecke; Bis Punkt 15.00 Uhr wurde verhandelt und abgestimmt. Das Resultat war für alle beteiligten Nationen zufriedenstellend: Israel und Palästina waren sich bedingt näher gekommen und man war sich einig, daß Notstandshilfe für die Zivilbevölkerung vorerst das Wichtigste sei.

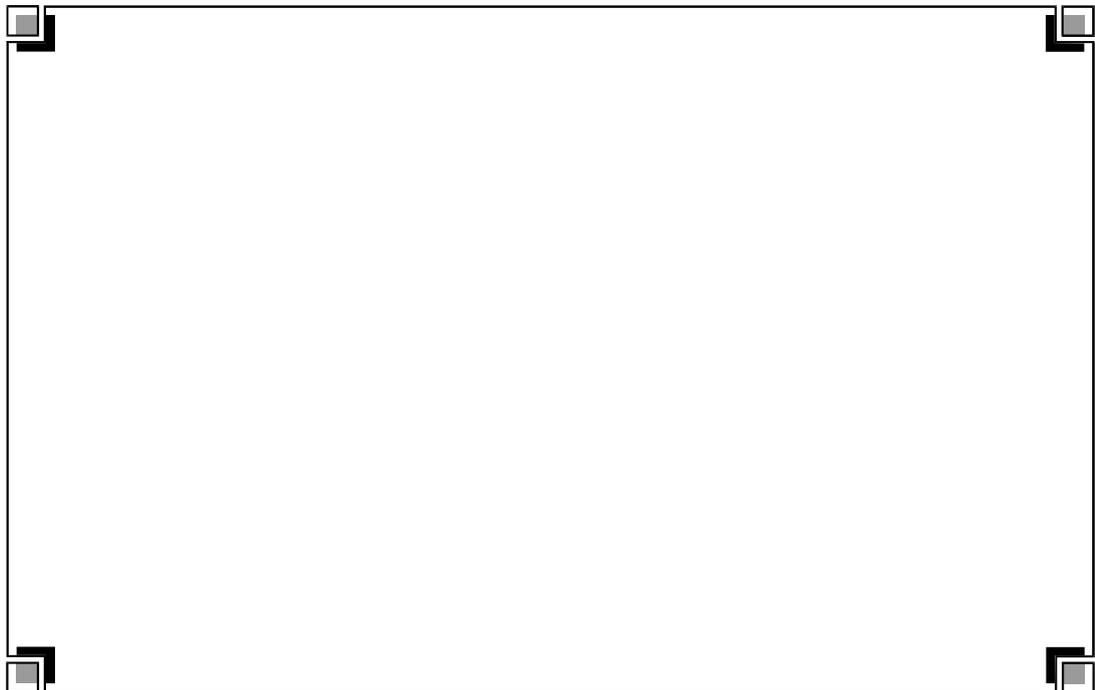
Diese drei Tage haben uns "Südafrikaner" auf die "Mutter aller Schlachten" in New York vorbereitet, wie wir es uns besser nicht hätten wünschen können. Noch oft erinnerten wir uns an die "Strenge" einzelner Situationen. Und was das ganze noch realistischer werden ließ war die Simulation und der Einfluß der Presse. Hatte sich doch eine Gruppe von uns in die Rolle der Medienhaie versetzt und traktierte nun im Namen der Pressefreiheit die Vertreter einzelner Nationen oder sie belebten die Simulation durch ihre rege Berichterstattung. Ohne sie könnten wir heute kaum behaupten mal als "Vertreter der USA im Sicherheitsrat ein Live Interview" gegeben zu haben.

Das Wochenende war ein nachhaltiges Erlebnis. Wie selten führt man so interessante Gespräche, trifft man so nette Leute und lernt dabei auch noch eine Menge - über den Wasserkonflikt im Nahen Osten, die zukünftigen Diplomaten und die Positionen der verschiedensten Nationen. Und dennoch "The Best Was Yet To Come..."

Valerie Weinzierl

4. Die UN-Study Tour, 2. - 3. April 1998

In Zusammenarbeit mit der *World Federation of United Nations Associations* (WFUNA) - der Weltverband der UN-Gesellschaften - wurde den Berliner Teilnehmern auch in diesem Jahr im Vorfeld der *National Model United Nations Conference* ein UN-Study Tour Programm angeboten. Abgestimmt auf die einzelnen *Committees*, in denen die Studenten als Delegierte Südafrikas vertreten waren, fanden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen *Briefings* im Hauptquartier der Vereinten Nationen statt. Hochrangige UN-Diplomaten berichteten über ihre Arbeit und stellten sich geduldig den Fragen der Studenten. Die zukünftigen Delegierten erhielten durch das persönliche Gespräch die Möglichkeit, Informationen über die Themenbereiche ihrer Ausschüsse zu erhalten und darüber hinaus einen Blick „hinter die Kulissen“ der Vereinten Nationen zu werfen. Die interessanten und engagierten Vorträge der Diplomaten und die sich anschließenden lebhaften Diskussionen beleuchteten auf eindrucksvolle Weise die unterschiedlichen Arbeitsgebiete bei den Vereinten Nationen.



UN-Study Tour Programm

Donnerstag, 2. April 1998

- 10.30 - 11.30 Uhr Briefing on Sustainable Development
Mr. Johan Kuylenstierna
Natural Resources Branch, Division for Sustainable
Development, Dept. of Economic and Social Affairs
- 11.30 - 12.30 Uhr Briefing on Social Development
Mr. Yao Ngoran, Social Affairs Officer
Division for Social Policy and Development,
Dept. of Economic and Social Affairs
- 12.30 - 13.30 Uhr Briefing on Human Rights
Ms. Maarit Kohonen, Human Rights Officer
Mr. José Rosenberg, Human Rights Officer

Freitag, 3. April 1998

- 10.30 - 11.30 Uhr Briefing on Terrorism
Mr. Hamid Abdeljaber, Department for Public Information
Guest: **Mr. Kensu Hogen**, Assistant Secretary-General for
Public Affairs
- 11.30 - 12.30 Uhr Briefing on Humanitarian Assistance
Mr. Johannes Seybold,
Policy Specialist for Resource Mobilization , UNDP
- 12.45 - 13.45 Uhr Führung durch das Hauptquartier der Vereinten Nationen
- 15.00 - 16.00 Uhr Briefing on UN Reform
Mr. Jacinto De Vera, Chief
Office of the Director, Division of Public Administration
and Development Management

4.1 Briefing on Sustainable Development

...development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs...

In unserem Briefing erläuterte der schwedische Palioklimatologe **Mr. Johan Kuylentierna** uns den langen Weg hin zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung und zur *Commission for Sustainable Development (CSD)*:

1992 trafen sich mehr als 100 Staatsoberhäupter in Rio de Janeiro, Brasilien, zu einer internationalen Konferenz über Klima und Entwicklung (UNCED). Der Klimagipfel sollte wichtige Umweltthemen wie den Treibhauseffekt und den Artenschutz, aber auch soziale bzw. wirtschaftliche Themen behandeln. Die Staatschefs unterzeichneten zum Abschluß der Konferenz die Rahmenvereinbarung zur Klimaänderung (FCCC) und eine Konvention zur Biodiversität. Weiterhin verabschiedeten sie die "Agenda 21", einen 300-Seiten-Plan zum Umsetzen einer nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert. Die Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) wurde im Dezember 1992 ins Leben gerufen, um die Realisierung der Beschlüsse von Rio sicherzustellen, die Implementierung der Klimagipfelvereinbarungen auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu überwachen und über den Prozeß zu berichten.

Die CSD ist eine Fachkommission des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) und hat 53 Mitgliedsländer. Die Kommission stellt die Transparenz der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung innerhalb des UNO-Systems sicher und hilft, die Koordination der UN-Klima- und Entwicklungsaktivitäten zu verbessern. Die CSD regt auch Regierungen und internationale Organisationen an, Seminare und Konferenzen über unterschiedliche Umwelt- und Sozialfragen zu initiieren. Außerdem arbeitet die CSD eng mit Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) zusammen.

Die CSD hat sich trotz beschränkter finanzieller Ressourcen seither als Weltforum für den Rio-Nachfolgeprozeß etabliert. Ihr politischer Handlungsspielraum bleibt jedoch durch die Tatsache gehemmt, daß die Mitgliedsstaaten im allgemeinen nur von ihren Umwelt- oder Entwicklungsministern repräsentiert werden, deren Entscheidungen häufig einen lediglich symbolischen Wert ohne bindende Umsetzungspflicht haben.

Während der letzten 25 Jahre hat sich unsere Sicht gegenüber Wirtschaftswachstum, menschlicher Entwicklung und Umweltschutz grundlegend gewandelt. Zwei internationale Konferenzen trugen maßgeblich dazu bei: Die *United Nations Conference on the Human Environment*, Stockholm 1972, war die erste Konferenz über Umweltfragen auf internationaler Ebene. Deren Agenda war umfassend und beschäftigte sich mit praktisch allen Aspekten der Nutzung natürlicher Ressourcen. Der Schwerpunkt lag auf der Bedrohung durch Umweltbelastungen, die durch Wirtschaftswachstum und industrielle Produktion hervorgerufen wurden, und spiegelte die Interessen der entwickelten Länder wider, die die Konferenz initiierten.

1987 veröffentlichte die *World Commission on Environment and Development* ihren Report "Our Common Future", besser bekannt als der *Brundtland-Report*. Er begründete das Konzept Nachhaltiger Entwicklung, einem integrierten Ansatz, der Umweltschutz und langfristiges Wirtschaftswachstum nicht mehr als inkompatibel, sondern komplementär und voneinander abhängig ansieht. Umweltprobleme können nur mit finanziellen Ressourcen gelöst werden, die von seiten der Wirtschaft kommen, während Wirtschaftswachstum kollabiert, wenn menschliche Gesundheit und natürliche Ressourcen durch langfristig unkontrollierte Übernutzung der Natur leiden.

Die Veröffentlichung des *Brundtland- Reports* setzte einen Prozeß in Gang, der in der Riokonferenz (UNCED) kulminierte. Ein Vergleich der Aktionspläne von Stockholm und Rio veranschaulicht den Sensibilisierungsprozeß: Während Stockholm einen Einzelproblem-orientierten Ansatz zu Umweltfragen bestritt, hob Rio integrierte Strategien hervor, um die menschliche Entwicklung durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern.

Jens Weinmann

4.2 Briefing on Social Development

Im Rahmen der Study Tour der UNO in New York City trafen wir mit **Mr. Yao Ngoran**, *Social Affairs Officer*, zusammen, der uns einen kurzen Überblick über das Programm "*Social Development*" gab. Er arbeitet in der Abteilung für Sozialpolitik und Entwicklung, deren Hauptaufgabe es ist, generelle UN-Prinzipien so zu formulieren, daß sie letztendlich in konkrete Programme umgesetzt werden können. Oder,

anders gesagt, die Politik der UN so aus- und umzuarbeiten, daß sie auf die unterschiedlichen Länder jeweils angewandt werden kann.

Mr. Ngoran's Abteilung ist außerdem dafür zuständig, das Interesse, die Kenntnis und das Bewußtsein für die verschiedenen UN-Programme und Aktionen zu stärken. Zu solchen Programmen gehörte zum Beispiel 1994 das Internationale Jahr der Familie, 1996 das Internationale Jahr der Armutsbekämpfung und in diesem Jahr das Internationale Jahr der Ozeane. Die Abteilung entwickelt im Rahmen dieser und anderer Themen Veranstaltungen und Aktivitäten, internationale Konferenzen und Informationsmaterial. 1999 wird das Jahr der Senioren sein und die Abteilung von Mr. Ngoran ist gegenwärtig dabei, in aller Welt Partner für dieses Projekt zu gewinnen, ebenso wie für die Veranstaltungen zum Jahr 2000.

Diese Recherchen und Kontakte werden aber nicht nur kurzfristig genutzt, sondern werden darüber hinaus auch zur wissenschaftlichen Forschung über den Erfolg und Fortgang der weltweiten sozialen Entwicklung herangezogen. Diese wissenschaftlichen Arbeiten, Berichte und Dokumente werden von Mr. Ngoran als sehr wichtig eingeschätzt. Sie gehen schließlich in den "*World Social Situation Report*" ein. Mr. Ngoran ging in dieser Unterredung auch auf die verschiedenen Anstrengungen seiner Abteilung ein, Frauenfragen im internationalen Kontext mehr Gewicht beizumessen. Er wies besonders auf die Erfolge der Konferenzen in Mexiko 1975, Nairobi 1985 und Peking 1995 hin. *Non-governmental organizations* (NGOs) wurden von Mr. Ngoran als sehr wichtig für die UN und besonders für seine Abteilung eingeschätzt. Sie wären in vielen Gebieten aktive Partner der UN, man unterstütze sich gegenseitig in großem Umfang. Schließlich wurde über die Definition des Wortes „Entwicklung“ diskutiert, die Mr. Ngoran so charakterisierte: Entwicklung sei ein Prozeß, der die „Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Leben zu steuern und zu verbessern, auf der Grundlage von allgemeiner Solidarität“.

Pia Castro und Liv Jacobsen

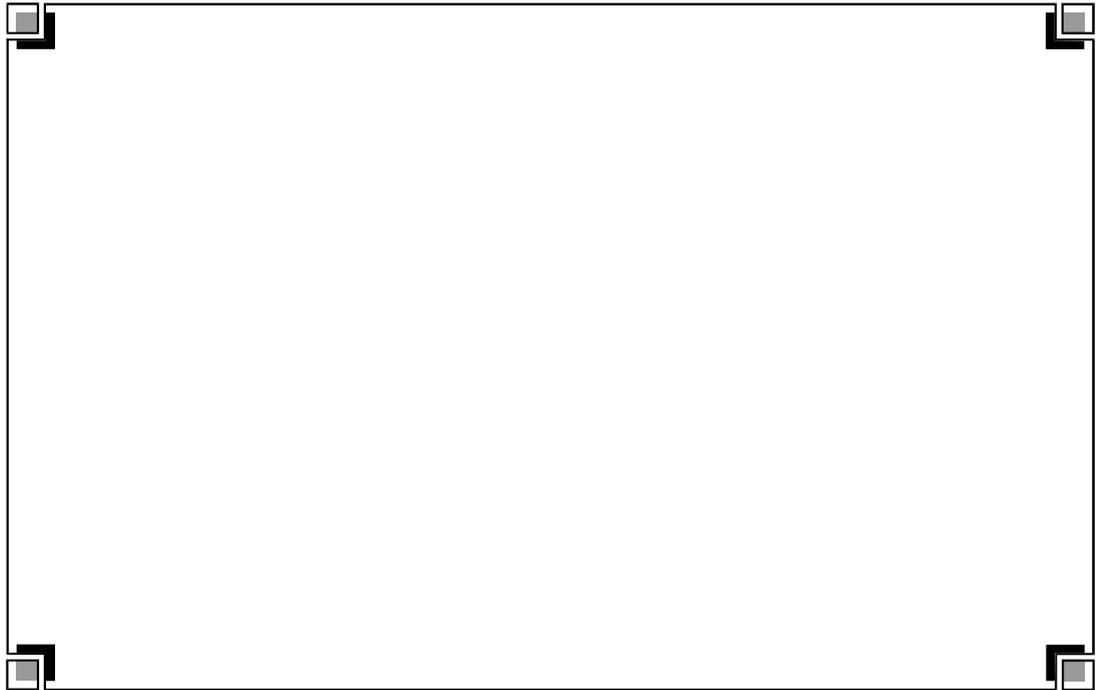
4.3 Briefing on Human Rights

Beim dritten Vortrag an diesem Tag trafen wir mit zwei *Human Rights Officers* zusammen, **Ms. Maarit Kohonen** und **Mr. José Rosenberg**. Sie gaben zunächst einen detaillierten Überblick über die Aktivitäten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte, um dann auf unsere Fragen einzugehen.

Das Zentrum für Menschenrechte mit seinem Hauptquartier in Genf umfaßt das Büro des stellvertretenden Generalsekretärs für Menschenrechte einschließlich seiner fünf Zweigstellen und das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte, zur Zeit Mrs. Mary Robinson. In New York befindet sich lediglich ein kleines Büro, das die Aufgabe hat, die Berücksichtigung von Menschenrechtsthemen bei der Arbeit der gesamten UNO zu fördern. Einmal im Jahr finden sich die 53 Mitglieder der Kommission zusammen, um Verletzungen der Menschenrechte zu diskutieren. Werden Menschenrechtsverletzungen in einem Land festgestellt, hat die Kommission die Möglichkeit, eine Untersuchung einzuleiten, die entweder von einer Gruppe unabhängiger Experten (Working Group) oder von einer einzelnen Person (Special Rapporteur) vor Ort durchgeführt wird. Den Special Rapporteurs kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie sich direkt an Regierungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Opfer von Menschenrechtsverletzungen in den Ländern wenden, in die sie entsandt werden und der Kommission dann Bericht erstatten.

In diesem Zusammenhang erklärte Mr. Rosenberg, daß das Thema Menschenrechte zu einem Opfer des Kalten Krieges geworden ist und die Diskussion des Themas für nahezu 50 Jahre brach lag. Die Verabschiedung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte im Jahre 1948 und die weiterer Konventionen spiegelt wider, daß sich die UNO dennoch kontinuierlich mit dem Thema beschäftigt hat.

Nach dem Ende des Kalten Krieges kam dem Thema Menschenrechte wieder vermehrt Aufmerksamkeit zu, wie auf der Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 festgestellt wurde. Dort wurden eine Erklärung und ein Aktions-Programm verabschiedet, die eine Erweiterung des Menschenrechtsbegriffs enthalten, insbesondere das Recht zu Entwicklung und die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte. Im Rahmen der Wiener Erklärung wurde die Position des Hochkommissars für Menschenrechte erschaffen und die Ausweitung von Menschenrechtsoperationen, wie die Gründung neuer Büros auf dem afrikanischen Kontinent, festgelegt. Diese Büros haben einerseits die Aufgabe, den Menschenrechtsgedanken durch Aufklärung, Erziehung usw. zu verbreiten, andererseits die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen.



v.l.n.r.: Christian Webersik, Jan Bittner, Gregor C. Blach und Matthias Diehl

In dem zweiten Thema, **Rechte der Frauen und Kinder**, ergriff Ms. Kohonen das Wort und beschrieb die aktuellen Ansichten über Rechte der Frauen und Kinder. Sie erläuterte, daß in diesem Bereich die Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern vom Staat auf Nicht-Staat-Akteure übergeht, wenn in diesem Staat kein legales Rechtssystem existiert. In diesem Zusammenhang betonte sie, daß die Etablierung kultureller und sozialer Rechte und insbesondere der Rechte der Frauen und Kinder nicht getrennt werden kann von der Etablierung von politischen und zivilen Rechten.

Die Überwachung der Einhaltung der Abkommen und Konventionen über Menschenrechte geschieht durch Berichte, die von den betreffenden Ländern selbst verfaßt sind und von Experten-Gruppen der Vereinten Nationen empfangen werden. Neben dieser konventionellen Art der Überwachung besteht die Möglichkeit, einen Special Rapporteur in das Land zu entsenden, wenn dieses Land dem zustimmt. Zudem arbeitet die Hochkommissarin für Menschenrechte mit Nicht-Regierungsorganisationen eng zusammen, um Information über Menschenrechtsverletzungen auszutauschen.

Bezüglich der Umsetzung der Menschenrechtsprogramme gibt es bislang noch keine speziellen Mechanismen. Doch durch Überwachen der Menschenrechtssituation in

betreffenden Ländern und durch Dialoge mit den betreffenden Regierungen konnten etliche Erfolge in der Etablierung der Menschenrechte erreicht werden.

Dieser Überblick über die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte zeigt deutlich den Bedarf an weiteren Fortschritten auf. Es gibt kein einziges Land der Welt, in dessen Bericht zur Menschenrechtssituation keine Beanstandungen wären. Während der Diskussion kamen wir auch auf Verletzungen der Menschenrechte in Deutschland zu sprechen: religiöse Intoleranz, Rassendiskriminierung und Menschenhandel mit Frauen aus Osteuropa.

Die Etablierung von allgemeinen Menschenrechtsstandards und deren Überwachung sind noch nicht weit genug entwickelt, als daß auch nur innerhalb eines Landes eine Atmosphäre geschaffen werden könnte, in denen keine Menschenrechtsverletzungen mehr vorkommen.

Kathrin Lorenz, Christian Webersik und Renate Koßmehl

4.4 Briefing on Terrorism

Bei seinem Bericht über Terrorismus, stellte **Mr. Hamid Abdeljaber**, der für das *Department for Public Information* arbeitet, heraus, daß internationaler Terrorismus alle Teile der Welt erreicht hat (z.B. sogar Japan und Oklahoma City) und seine Auswirkungen - selbst auf die Zivilbevölkerung - vor keinen Grenzen halt macht. Obwohl kein Land vor Terrorismus gefeit ist, konnte sich die internationale Gemeinschaft noch nicht auf eine anerkannte Definition von Terrorismus einigen. So bestehen die Drittstaaten darauf, bestimmte Aspekte in die Definition einzubeziehen: die Diskussion über die vielfältigen Ursachen von Terrorismus, die Unterscheidung zwischen Befreiungsbewegungen und Terrorismus sowie die Anerkennung von Staatsterrorismus (normalerweise wird nur das Vorgehen von einzelnen Gruppen verurteilt).

Die Vereinten Nationen haben sich bisher noch nie mit Terrorismus als ganzem beschäftigt sondern immer nur mit Aspekten, über die ein Konsens besteht, so daß beispielsweise Flugzeugentführungen als terroristischer Akt verurteilt worden sind. Man kann generell definieren, daß Terrorismus eine Form von politischer Gewalt ist, die gegen Demokraten und die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft gerichtet ist. George Bush, der ehemalige Präsident der USA, charakterisiert Terrori-

sten als "Verbrecher, die uns dort treffen, wo wir uns am sichersten fühlen", und stellt heraus, daß sie ein Land von außen bedrohen.

1972 versuchte der damalige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim das Thema Terrorismus auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates zu setzen. Aber dieser Tagesordnungspunkt konnte erst nach umfangreichen Änderungen und Ergänzungen einschließlich der Ursachen von Terrorismus angenommen werden, was zu einer Verallgemeinerung des Themas führte. 1993 verurteilte Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali Terrorismus auf Zypern, erkannte aber gleichzeitig das Recht der Völker an, für Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen. Die Tatsache, daß Nelson Mandela einst als Terrorist verurteilt wurde, weil er den Freiheitskampf seines Volkes unterstützt hat, zeigt, daß man sich nicht nur auf eine Definition von Terrorismus verlassen sollte.

Mr. Abdeljaber bemerkte, daß die erste Berührung der UN mit Terrorismus im Jahre 1948 stattfand: Graf Bernadotte ging als Beobachter nach Palästina, um sich für die Völkergemeinschaft ein Bild der Krisenregion zu machen. Seine Ermordung wurde vom Sicherheitsrat in einer Resolution als Terrorismus verurteilt.

Während der Zeit des Kalten Krieges dominierte ideologischer Terrorismus, unterstützt von beiden politischen Blöcken, so daß dem Sicherheitsrat die Hände gebunden waren, weil gegen jede Resolution, die eine der Supermächte verurteilen sollte, sofort ein Veto eingelegt worden wäre .

1973 wurde der Fall einer israelischen Flugzeugentführung, bei der die Entführer ein ziviles Flugzeug auf dem Flug von Libanon nach Bagdad auf ihrem Staatsgebiet zur Landung zwangen, um den Palästinenserführer Habash zu finden, vor den Sicherheitsrat gebracht, der dieses Vorgehen allerdings nur als Verletzung der libanesischen Souveränität verurteilt hat und nicht als terroristischen Akt. Außerdem konnte der Sicherheitsrat nur die Geiselnahme im allgemeinen verurteilen, nicht aber spezielle Fälle aufzeigen, da auch hier wieder ein Veto eingelegt worden wäre.

Lediglich 1992 konnte der Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen für das Lockerbie Attentat verhängen, was zwar mit einiger Verspätung passierte, aber vor dem Ende des Kalten Krieges von der Sowjetunion verhindert worden wäre.

Nach 1989 wechselten die Ursachen des Terrorismus von ideologischen zu ethnischen oder religiösen Gründen (z.B. Ruanda, Jugoslawien, Tschetschenien). Am Ende seiner Ausführungen betonte Mr. Abdeljaber, daß Widerstand gegen Diktaturen, Menschenrechtsverletzungen sowie Freiheitskampf nicht als internationaler Terro-

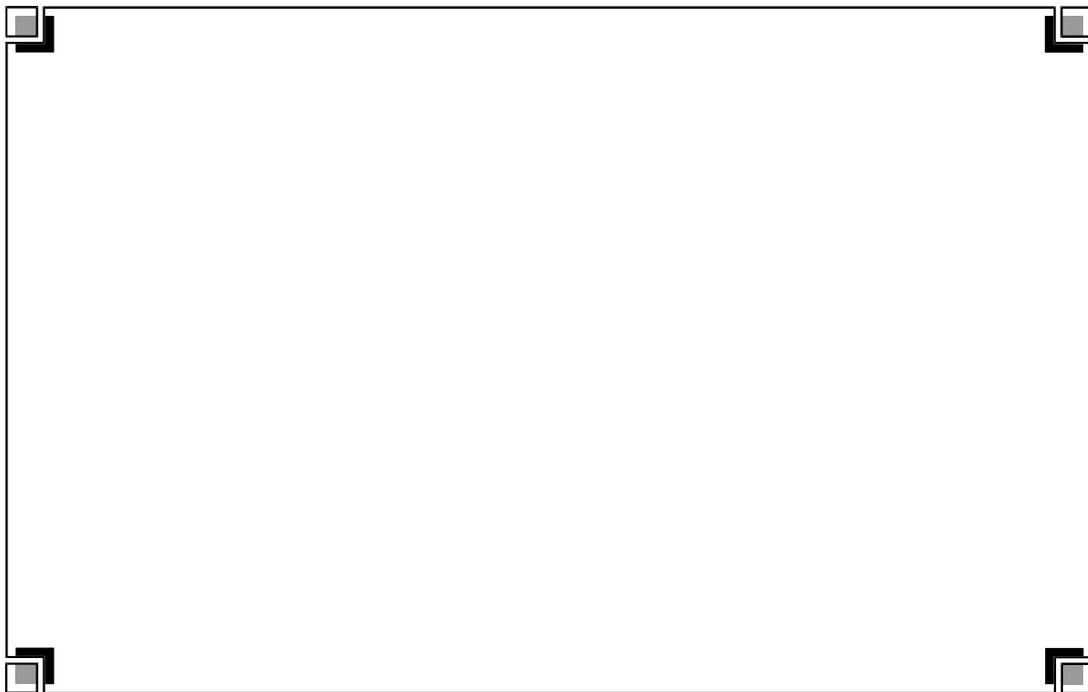
rismus gebrandmarkt werden sollte. Er stellte fest, daß kein Land mit Terrorismus allein fertig werden kann, und daß auch kein Staat immun gegen diese Bedrohung ist, so daß die Vereinten Nationen der richtige Platz sind, um sich mit der vereinigten Weltgemeinschaft des Problems anzunehmen.

Kathrin Lorenz und Matthias Diehl

4.5 Briefing on Humanitarian Assistance

Das Thema "Humanitarian Assistance" stand bei unserem fünften Briefing bei den Vereinten Nationen auf der Tagesordnung. **Mr. Johannes Seybold**, *Policy Specialist for Resource Mobilization*, ging dabei besonders auf die Hauptaufgaben und die Struktur des *United Nation Development Programme* (UNDP) ein, erwähnte aber auch die finanziellen und organisatorischen Probleme, vor die sich diese Einrichtung derzeit gestellt sieht.

Das UNDP wurde ursprünglich zur Koordinierung der verschiedenen multilateralen Entwicklungshilfeprogramme der Vereinten Nationen geschaffen. Die über mehrere



Jahrzehnte gewachsenen Organisationsstrukturen des UNDP und anderer Institutionen, die sich im Rahmen der UN um die technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern bemühen, ist heute nur schwer durchschaubar und bedarf, nach Ansicht von Mr. Seybold, vernünftiger Reformen.

Das UNDP arbeitet mit 175 Ländern und fast allen UN-Organisationen zusammen und ist in 136 Ländern durch eigene Niederlassungen vertreten. Ziel der Arbeit ist es Menschen in unterentwickelten Gebieten zu helfen, sich selbst zu helfen und einen Prozeß der nachhaltigen menschlichen Entwicklung in Gang zu setzen. Die Kernarbeit des UNDP bezieht sich dabei in erster Linie auf zwei Bereiche: "good governance" und Kapazitätsbildung. UNDP fordert Regierungen auf und unterstützt diese, transparent und verantwortlich zu handeln und zudem die politische Partizipation der Öffentlichkeit zuzulassen. UNDP wird in zunehmenden Maße von Ländern gebeten - und kann auch nur aufgrund einer solchen Einladung in dem jeweiligen Land tätig werden - Regierungsvorhaben mit zu unterstützen. In diesem Kontext hilft die Organisation u.a. bei der Durchführung von fairen demokratischen Wahlen, überwacht die Vereinigungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz und unterstützt effizienteres Ressourcenmanagement. Zudem wird ganz besonders auf die Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) abgestellt. Kleinen lokalen NGOs wird in ihrer Anfangsphase finanziell und logistisch ausgeholfen, bis diese autonom ihre Arbeit weiterführen können.

Das UNDP hat ca. 5000 feste Mitarbeiter und ein Jahresbudget von knapp \$2 Mrd. Der überwiegende Teil des Budgets stammt dabei aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedsländer. Mr. Seybold machte uns die immense Bedeutung von kontinuierlicher "Werbearbeit" um neue finanzielle Mittel deutlich. Er versteckte dabei auch nicht seinen Mißmut über bestimmte Forderungen, die einzelne Länder als Bedingungen für ihre Zahlungen machten.

Die Europäische Union finanziert inzwischen fast 80% der gesamten UNDP-Budgets. In den letzten Jahren gingen die Fördermittel aus den europäischen Töpfen jedoch aufgrund des "Maastricht-Sparzwangs" drastisch zurück.

Tobias Kahler

4.6 Briefing on UN Reform

Mit **Mr. Jacinto De Vera**, *Division of Public Administration and Development Management*, saß uns ein sehr interessierter und offener Gesprächspartner gegenüber, der sowohl die UN als Organisation seit vielen Jahren kennt als auch Mitglied einer Arbeitsgruppe ist, die sich mit der praktischen Umsetzung der Reformen beschäftigt. Uns gegenüber beschrieb er unterhaltsam und anschaulich seine tägliche Arbeit und beantwortete unsere Fragen.

Der Prozeß der UN-Reformen wird oft mit dem jetzigen UN-Generalsekretär Kofi Annan in Verbindung gesetzt; jedoch ist dieser nicht der eigentliche Initiator. Die ersten Impulse in diese Richtung gingen von seinem Vorgänger im Amt, Boutros Boutros-Ghali aus. Der 50. Geburtstag der Vereinten Nationen im Jahr 1995 war Anlaß genug, um über die Zukunft der Organisation und die notwendigen Reformen nachzudenken. Nach Ende des Kalten Krieges stehen die UN angesichts der wachsenden Armut in der Welt, steigender HIV/AIDS Zahlen und der Umweltproblematik vor neuen Herausforderungen. Mit Peacekeeping und Peaceenforcing werden neue Erwartungen an sie gestellt. Angesichts der neuen Aufgabenfelder, bei gleichzeitig stagnierenden finanziellen Ressourcen steht die Organisation vor einem Problem: "Mehr mit weniger Mitteln zu erreichen," wie Mr. De Vera sagte.

Der UN-Reformprozeß hat eine institutionelle und eine administrative Ausrichtung. Zur Umsetzung der institutionellen Reformen existieren gegenwärtig fünf Arbeitsgruppen der Generalversammlung bzw. des Wirtschafts- und Sozialrates, die allen Mitgliedsstaaten offenstehen. Die zu treffenden Entscheidungen bezüglich einer Neuordnung, sowohl der Struktur als auch die Aufgaben von Unterorganen und Sonderorganisationen sind sehr langwierig. Die Diskussion findet in folgenden Arbeitsgruppen statt:

- Equitable Representation on and Increase in the Membership of the Security Council
- Agenda for Development
- Financial Situation of the United Nations
- Revision of the Arrangements for Consultation with Non-Governmental Organizations
- Strengthening of the United Nations System

Die administrativen Umgestaltungen haben vor allem das Ziel, die Arbeit des UN-Sekretariats neu zu strukturieren, um Abläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang hob Mr. De Vera insbesondere das damit einhergehende Umdenken bei den UN-Beamten hervor. Die Organisation versteht sich heute mehr denn je als „Dienstleister“, von dem ein bestimmter Service erwartet wird.

Eine wichtige Änderung im administrativen Bereich im letzten Jahr war die Schaffung eines stellvertretenden Generalsekretärs, der den Generalsekretär von Verwaltungsarbeiten entlastet und ihm erlaubt, sich mehr den politischen Fragen zu widmen.

Stefanie Dobbert und Jan Bittner

5. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen

Es hätte kaum ein schönerer Tag sein können, als sich die gesamte südafrikanische Delegation im 41. Stock der *Permanent Mission of Germany to the United Nations* mitten in Manhattan mit atemberaubendem Blick auf das Empire State Building und den Rest der Metropole wiederfand. Wir wurden von **Herrn Dr. Gruber**, dem Leiter der Presseabteilung der Ständigen Vertretung, empfangen.

Dr. Gruber erzählte uns, daß der momentane Schwerpunkt der hiesigen Arbeit “im wesentlichen der Reformprozeß, was schade ist”, sei. Er führte uns daraufhin in die aktuelle Situation ein: In erster Linie ginge es um die Finanzreform der Vereinten Nationen (VN). Die Hauptproblem ist, daß die USA ihre rückständigen Beiträge nicht zahlen wollen, und daß vom Dolmetscher bis zum Papierverbrauch überall gespart wird. Deutschland sei der drittgrößte Beitragszahler mit 9,630 % und dennoch arbeiten anstatt der Deutschland zustehenden 165 Mitarbeiter nur 128 Deutsche im Sekretariat der VN.

Unter der momentanen Beitragsskala “leiden besonders die Staaten aus Mittel- und Osteuropa”; eine Neuordnung der Beiträge wird hitzig diskutiert. Zur Zeit können aufgrund von Zahlungsrückständen 35 Nationen in den VN ihre Stimme nicht geltend machen, auch Deutschland will künftig Ressourcen einsparen und die USA ohnehin.

Dr. Gruber fuhr mit der Reform des Sicherheitsrates (SR) fort. Deutschland war bis 1996 ein nichtständiges Mitglied im SR. Zwischen den ständigen und nichtständigen Mitgliedern bestehen große Dissonanzen. Allein schon dieses führt letztendlich viele

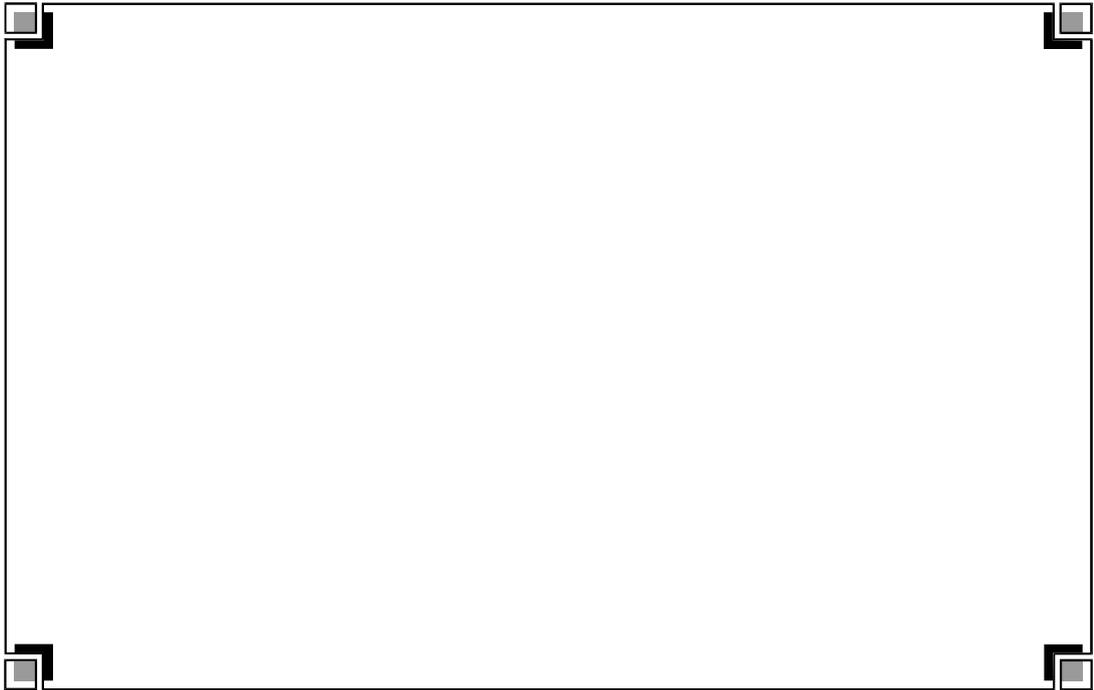
Nationen zu der weltpolitischen Ansicht, daß der SR erweitert werden müsse. Vor allem Länder des "Südens" sollen und wollen stärker involviert werden. Angestrebt ist eine ständige Vertretung von den fünf bisher ständigen Mitgliedern (P5), erweitert um drei Länder aus den südlichen Zonen und zwei globalen "Spielern", wobei Deutschland und Japan hier eindeutig in die engere Wahl gezogen werden. Es gibt bisher keine Nation, die dagegen argumentiert, daß Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zugesprochen bekommt. Gegen alle anderen Länder, auch gegen Japan, gibt es Vorbehalte.

Interessant ist hierbei jedoch die Situation Italiens: Italien ist "ein wichtiger VN-Spieler", der mehr Beiträge zahlt als Großbritannien. Sollte Deutschland in den SR aufgenommen werden, „so würde Italien in die 4. Liga rutschen“: ein Abstieg. Somit ist Italien zwar nicht gegen "Deutschland als ständiges Mitglied im VN-SR" aber gegen eine "Sicherheitsratsenerweiterung" im allgemeinen... Um Querdenkern vorzubeugen, hat Deutschland eine "like-minded group" gegründet, eine Gruppe, die den Konsens unter den P5 sucht, der Deutschlands ständige Mitgliedschaft im SR befürwortet. Bezüglich der Sicherheitsreform gibt es aber einige bemerkenswerte "Knackpunkte": So kann sich Italien z. B. nur "aufspielen", weil sich die Befürworter der Erweiterung bis jetzt nicht einigen konnten. Ferner sind sich zwar alle einig, daß der Sicherheitsrat erweitert werden müsse, „doch beharren die USA bislang darauf, daß dieser nicht mehr als 21 Mitglieder haben dürfe, was bedeutet, daß eine Erweiterung um nichtständige Mitglieder nicht möglich wäre“. Die Staaten der Dritten Welt fragen sich letztlich, weswegen sie eigentlich für eine Erweiterung des Sicherheitsrats stimmen sollten.

Ein weiteres Bestreben in der Diskussion ist eine größere Transparenz der Arbeitsweise des Sicherheitsrats, durch eine offenere Darlegung der geführten Verhandlungen durch den jeweiligen Sicherheitsratspräsidenten, zu erlangen.

"Deutschland ist ein wichtiges Land - unsere Meinung zählt." Mit diesen Worten eröffnete Dr. Gruber dann die Diskussionsrunde, die wir dankbar nutzten, um einige Unsicherheiten zu klären. Wer hätte gedacht, daß wir vor lauter Interesse vergaßen wo wir uns befanden: Über den Dächern New Yorks mit dem Blick in die Ferne. Da die Ständige Vertretung Deutschlands zu den Vereinten Nationen dieses Jahr noch in andere Räumlichkeiten umzieht, haben wir wohl noch mal richtig Glück gehabt in angenehmer Atmosphäre hinzu gelernt zu haben.

Valerie Weinzierl und Markus Fibinger

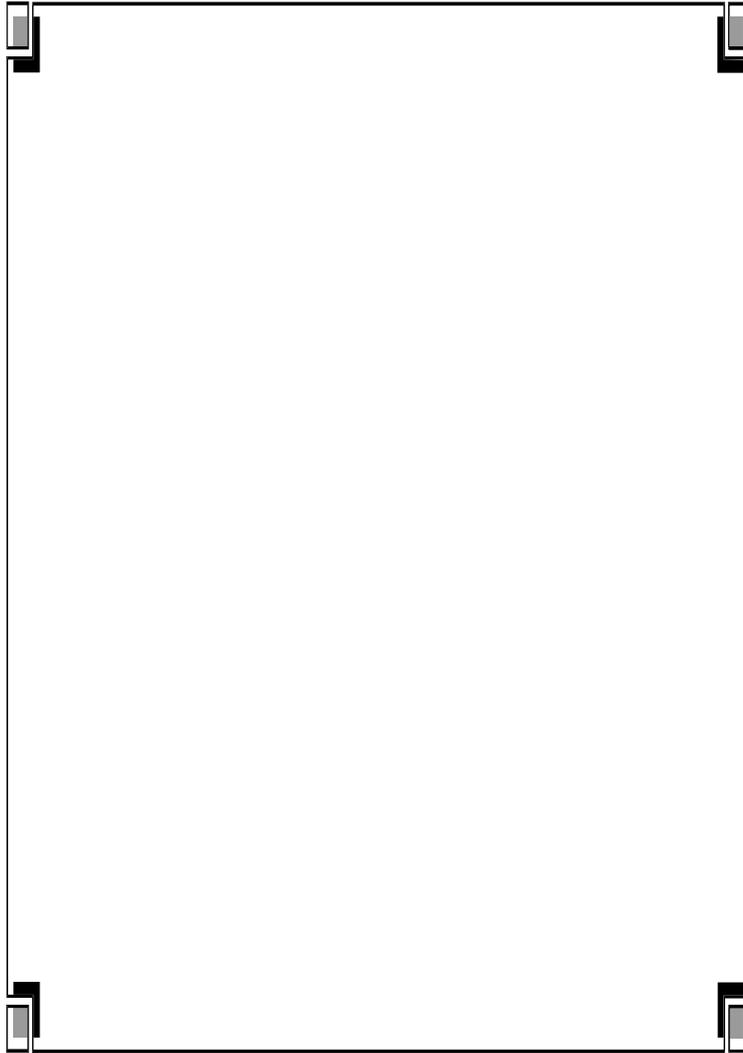


Bei der NMUN-Eröffnungszeremonie in der ersten Reihe: Markus Fibinger, Pia Castro und Sachka Stefanova

6. Der Besuch bei der Delegation der EU-Kommission bei den Vereinten Nationen

Nachdem uns der Botschafter und Leiter der EU-Delegation **H.E. Luigi Boselli** mit einem herzlichen “farewell“ willkommen geheißen hatte, folgte eine kurze Einleitung über die Geschichte der EU bei den Vereinten Nationen. Bereits 1974 wurde dort die Europäische Gemeinschaft die erste länderübergreifende Vertretung und genießt seitdem einen Beobachterstatus. Mr. Boselli betonte, daß seine Delegation ausschließlich Brüssel zuarbeitet und auch von dort die Instruktionen erhält. Das New Yorker Büro hat drei Schwerpunkte:

1. die politische Vertretung,
2. das wirtschaftliche und soziale Engagement und
3. die Öffentlichkeitsarbeit.



Sachka Stefanova und Gregor C. Blach

Die Delegation arbeitet unabhängig von den nationalen Regierungen. Inzwischen ist die Europäische Union u.a. in der Kommission für Nachhaltige Entwicklung oder in der Welthandelsorganisation vertreten und hat dort volles Rederecht, allerdings ohne das Recht, abzustimmen. Die Europäische Union ist zur Zeit stark in die Hilfsleistungen der UNO involviert: Vertreter der EU arbeiten als Wahl- oder Menschenrechtsbeobachter, helfen beim Kampf gegen Landminen oder werden als Koordinatoren bei humanitärer Hilfe eingesetzt. Der Botschafter verwies in unserem Gespräch auf die besondere Verpflichtung gegenüber Afrika und die kontinuierliche Hilfe für diesen Kontinent bezüglich Entwicklungshilfe und Menschenrechten. Voller Optimismus prophezeit Mr. Boselli die steigende politische und wirtschaftliche Bedeutung der Europäer dank Währungsunion und Euro, die seiner Meinung nach für eine dynamische Entwicklung sorgen werden. Abschließend lud Herr Boselli uns ein, sich

für ein Praktikum bei der Delegation zu bewerben. Er habe hervorragende Erfahrungen mit deutschen Praktikanten gemacht und speziell die Freie Universität Berlin genieße einen sehr guten Ruf. Die Praktikanten werden in der Delegation voll eingesetzt und in die Arbeit integriert. Praktikanten, so Mr. Boselli, erwartet in New York eine familiäre Atmosphäre, aber kein Gehalt oder Honorar.

Gregor C. Blach

7. Die Republik Südafrika: Ein Überblick

Allgemeine Daten

Staatsname:

Republic of South Africa/
Republik Südafrika

Staats- und Regierungsform:

Republik

Staatsoberhaupt:

Nelson R. Mandela

Grenzen:

Im W Atlantischer Ozean und Namibia, im NW Botswana, im N Simbabwe, im NO Mosambik, im O Swasiland, Indischer Ozean, im S Indischer Ozean, Enklave: Lesotho

Fläche:

1.219.580 km²

Bevölkerung:

37,9 Mio. (1996) Einwohner (1995), davon 76,1 % Schwarzafrikaner, 12,8 % Weiße, 8,5 % Mischlinge, 2,6 % Asiaten.

Religion:

78% Christen, 1,8 % Hindus, 4 Mio Anhänger von Naturreligionen, 1,2 Muslime, 148.000 Juden

Hauptstadt:

Pretoria mit 525.583 Einwohnern, weitere große Städte sind: Kapstadt (Parlamentssitz, 854.616) Durban (715.669), Johannesburg (712.507), Soweto (596.632)

Amtssprachen:

Englisch, Afrikaans, Ndebele, Nordsosho, Südsosho, Setswana, Swati, Tsonga, Venda, Xhosa, Zulu

Währung:

1 Rand (R) = 100 Cents

1 DM = 2,60 R

Bruttoinlandsprodukt:

1995 136.035 Mio. \$

Außenverschuldung

1996: 32 Mrd. \$

Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen:

u.a. UNO, OECD, WHO, WTO, UNESCO, UNICEF, SADC, OAU, Non-Aligned Movement, G77, Commonwealth, Lomé-Abkommen

Quelle: *Fischer Weltalmanach '98, Münzinger Archiv/IH-Zeitarchiv*

8. Der Besuch bei der Ständigen Vertretung Südafrikas bei den Vereinten Nationen

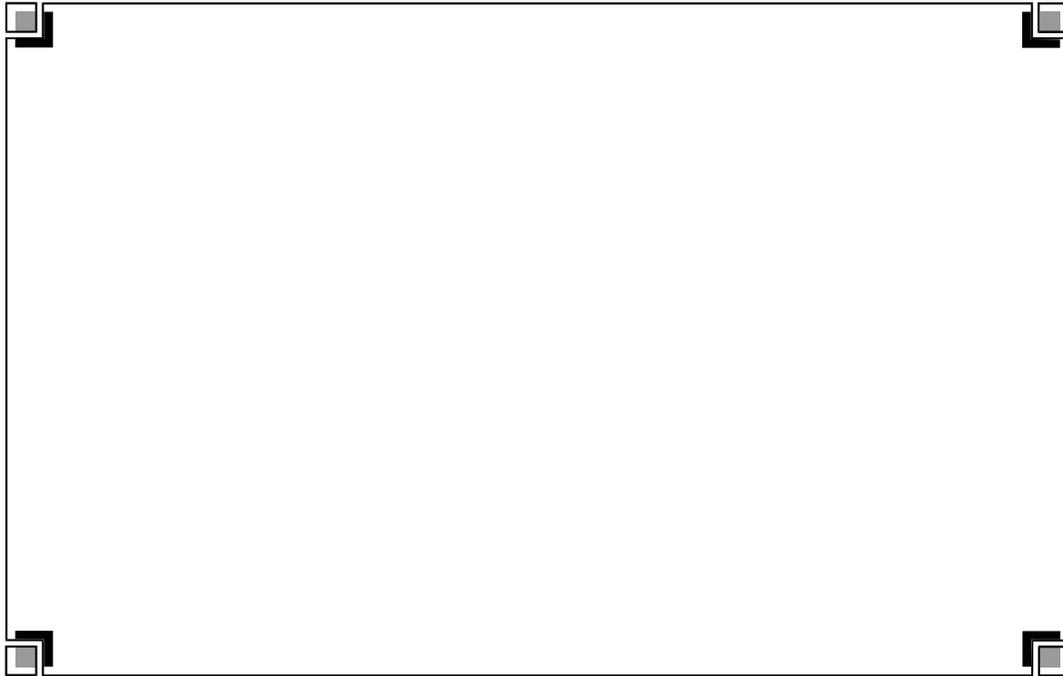
"The bridging role of South Africa"

Unsere Vorbereitung in Berlin, die außenpolitischen Ziele und Prioritäten der demokratischen Regierung Südafrikas zu verinnerlichen, wäre ohne das Entgegenkommen der Südafrikanischen Botschaft kaum so profund verlaufen. Die breit angelegte Beschäftigung unserer Delegation mit historischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Entwicklung Südafrikas sowie die Klärung strittiger Fragen, die das Bild Südafrikas von gestern und heute nach außen prägen, wurden mit zahlreichen Materialien von der Botschaft - teilweise direkt aus Pretoria zugeschickt - unterstützt.

Der Eindruck nach einem offenen Gespräch mit **Mr. Willem Geerlings**, dem Ersten Sekretär der Berliner Außenstelle der Südafrikanischen Botschaft, saß tief: Wir waren nun weltoffene Diplomaten, geleitet von den demokratischen Entwicklungen "unseres" Landes und bemüht, in Motiven und Leitlinien der Außenpolitik, den Herausforderungen der "Neuen Weltordnung" gerecht zu werden. Die genaue Beobachtung des uns vorgestellten diplomatischen Stils haben wir inhaliert und später erfolgreich zum Stil unserer Verhandlungsmethoden gemacht.

In New York angekommen und aklimatisiert, tauchten kurz vor Verhandlungsbeginn bei einzelnen von uns noch einige präzise Fragen auf, die niemand beantworten konnte. Somit war es allein schon deswegen eine große Erleichterung und vor allem auch Freude von der Ständigen Botschaft Südafrikas zu den Vereinten Nationen empfangen zu werden. Bei unserem Besuch erfuhren wir also im Detail noch einmal die konkreten Strategien Südafrikas in Bezug auf die Modalitäten der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Rahmen der VN sowie die Positionen Südafrikas zu unseren Ausschußthemen. Unserem Gastgeber, **Mr. Maurice J. Seaton**, hatten wir im Hinblick auf unsere Verhandlungen also eine Menge zu verdanken.

Ein großer Teil des Gesprächs wurde der Frage gewidmet, wie die Südafrikanische Diplomatie ihre Ziele und Interessen auf dem internationalen Podium implementiert. Dabei betonte Mr. Seaton die Bedeutung von subregionalen Organisationen. Die Southern Africa Development Community (SADC), die aus 14 Mitgliedstaaten besteht, spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle als Forum für Formulierung von spezifischen regionalen Interessen in Bezug auf globale Themen der VN. Daher gehen informelle Treffen der SADC-Gruppe weiteren Vorgehensweisen in der Afrikanischen Gruppe voraus. Die G 77 als Sprecher der Afrikanischen Staaten ist ferner für die Durchsetzung der südafrikanischen Positionen von vitaler Bedeutung, nicht zuletzt weil der G 77 aufgrund der großen Mitgliederzahl (inzwischen 132) eine entscheidende Verhandlungsstärke in der Generalversammlung zukommt. Auch das Non-Aligned Movement (NAM) ist für die Artikulierung der Interessen der Entwicklungsländer sehr wichtig. Südafrika hatte bereits für drei Jahre die Präsidentschaft in der Gruppe, und ist momentan Mitglied der Troika, die den ehemaligen, den



Die Delegation bei der Ständigen Vertretung Südafrikas bei den Vereinten Nationen

gegenwärtigen und den zukünftigen Präsidenten vereint. Die Frage nach dem Entwicklungsstand Südafrikas, der sich ja deutlich von anderen afrikanischen Staaten abhebt, und danach ob die außenpolitische Zielsetzung eher die Position eines Industriestaates annimmt, stand auch zur Diskussion. Es wurde darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Indikatoren (z. B. Arbeitslosigkeit von 40%) Südafrika eindeutig den Entwicklungsländern zuordnen; Daher ist die Zusammenarbeit mit diesen bei der Formulierung eigener außenpolitischer Interessen für Südafrika maßgebend. Dahinter steht die Überzeugung, daß der Erfolg der politischen Prozesse in Südafrika nur durch die gleichzeitige sozial-ökonomische Entwicklung abgesichert werden kann. Jedoch kommt Südafrika eine immer wichtiger werdende Rolle für das Überbrücken der Nord-Süd-Teilung zu.

Ein Land zu vertreten, dessen Außenpolitik von den Prinzipien Friedenssicherung, Demokratie, Respekt für Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung geleitet wird, ist nicht nur eine Frage des Stolzes, sondern auch der Verantwortung. So überzeugend konnte diese Botschaft nur von Diplomaten einer jungen Demokratie übermittelt werden.

Sachka Stefanova und Valerie Weinzierl

9. Die Arbeit der Südafrikanischen Delegation auf der National Model United Nations Conference 1998

9.1 Südafrika in der Generalversammlung vertreten von Jens Weinmann und Tobias Kahler

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen

In der Generalversammlung, in der alle Mitgliedsstaaten vertreten sind und eine Stimme besitzen, nehmen die Entwicklungsländer eine besonders starke Position ein. Eine derartige Stellung entspricht aber nicht den wirklichen realpolitischen Verhältnissen des internationalen Systems. Eine Vielzahl von Resolutionen, die nicht von den westlichen Industrienationen mit unterstützt werden, bleiben so nach ihrer Verabschiedung durch die Versammlung "auf der Strecke".

Die Rolle Südafrikas

Mit dem Ende der Apartheid war Südafrika nicht mehr länger ein von der internationalen Staatengemeinschaft isoliertes Land. Wir versuchten, während der Simulation als ein entschiedener Vertreter der südlichen Länder aufzutreten aber gleichzeitig auch als Vermittler zwischen der "ersten" und der "dritten" Welt zu fungieren. Diese Doppelrolle erwies sich nicht immer als unkompliziert, besonders da viele Länder nur ein geringes Interesse an der Erarbeitung von weitgehenden Kompromissen zeigten. Es war deshalb natürlich schwierig, einen breiten Konsens für bestimmte Resolutionen zu finden. So wurden anstelle von, wie in der Generalversammlung üblich, zwei oder drei Resolutionen knapp ein Dutzend verabschiedet.

Die Zusammenarbeit mit den meisten afrikanischen Ländern erwies sich als sehr gut, besonders natürlich die zu den Staaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC).

Die Tagesordnung der Generalversammlung wurde dieses Jahr, mit unserer Unterstützung, wie folgt festgelegt:

1. Ein Fünfjahresrückblick auf die Konferenz von Rio
2. Innerstaatliche Konflikte als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit
3. Staatlich initiierte Folter.

Aufgrund der begrenzten Zeit konnten leider nur die ersten beiden Themen behandelt werden.

Ein Fünfjahresrückblick auf die Konferenz von Rio

Obwohl Konsens darüber herrschte, daß die Strategie der nachhaltigen Entwicklung, eines der Hauptresultate der Rio-Konferenz, global weiterhin angestrebt werden müsse, bildete sich in der Generalversammlung die klassische Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in welcher Form die Rio-Beschlüsse umgesetzt werden sollten. Während sich in den Industrieländern der Nachhaltigkeitsgedanke vor allem auf einen schonenden Umgang mit Ressourcen und einen weniger konsumorientierten Lebensstil konzentriert, sieht Südafrika als Entwicklungsland in der Bekämpfung der Armut den wesentlichen Schlüssel zur Nachhaltigkeit. Armut als Grund für Umweltverschmutzung, ungehemmten Ressourcenverbrauch und Landdegradation wurde auch von Südafrikas Partnerländern als größtes Hindernis in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung angesehen. Eine von Südafrika mit eingebrachte Resolution zu diesem Thema wurde mit breiter Zustimmung angenommen.

Keine der Resolutionen fand einen Konsens unter allen Ländern, obwohl das in der "richtigen" Generalversammlung durchaus der Fall ist. Wir führen das vor allem



v.l.n.r.: Tobias Kahler, Jens Weinmann und Stefanie Dobbert:

auf die Kürze der Konferenz zurück, die prädestinierten Vermittlerländern, zu denen ja auch Südafrika gehört, gar nicht genug Zeit zur Mediation ließ. Trotzdem ver-

wandten wir einen Großteil der Konferenzzeit auf die Behandlung des ersten TOP, so daß uns nur noch wenig Raum für das zweite Thema blieb.

Innerstaatliche Konflikte als Bedrohung des Weltfriedens

Die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist ein von der UN gesetztes Ziel. Heute sind nicht mehr zwischenstaatliche sondern vielmehr innerstaatliche Konflikte die eigentlichen Herausforderungen, denen sich die Völkergemeinschaft zu stellen hat. Unter welchen Umständen bedroht ein innerstaatlicher Konflikt den Weltfrieden oder die internationale Sicherheit, so daß die UN einzugreifen legitimiert ist? In welchem Maße erlaubt die Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen das Prinzip der staatlichen Souveränität zu beeinträchtigen? Dieses waren die Kernfragen über die in der verbliebenen Zeit diskutiert wurde.

Wir vertraten die Position, daß Afrika seine Probleme selbst zu lösen hat, ohne massivem Einfluß dritter Staaten ausgesetzt zu sein. Internationale Interventionen sollten nur innerhalb eines geregelten multilateralen Rahmens (z.B. OAU, SADC, UN) möglich sein und nicht unilateral betrieben werden. Wir betonten, wie wichtig es ist die Ursachen innerstaatlicher Konflikte zu beheben. Der Kampf gegen Armut und Hunger und die Rolle von "good governance" in allen Ländern dieser Welt sind von besonderer Bedeutung in diesem Kontext. Es gelang uns einen Großteil dieser Ideen in verschiedene Arbeitspapiere und Resolutionen einzubringen.

9.2 Südafrika im Dritten Ausschuß der Generalversammlung

vertreten von Katrin Luger und Christian Webersik

Der Dritte Ausschuß der Generalversammlung

Die Generalversammlung ist das wichtigste Organ mit beratender Funktion; Entscheidungen der Generalversammlung haben keinen bindenden Charakter und werden als Empfehlungen verstanden. Der Dritte Ständige Ausschuß der Generalversammlung setzt sich aus allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zusammen und hat die Aufgabe, sich mit sozialen, menschlichen und kulturellen Belangen auseinanderzusetzen.

Die diesjährige Tagesordnung sah folgendermaßen aus:

1. Kulturelle Entwicklung: Menschenrechte und grundsätzliche gesellschaftliche Freiheit
2. Umsetzung der Empfehlungen des Weltgipfels für Ernährung von 1996
3. Verstärkte Koordination von humanitären Hilfseinsätzen.

Als erstes wurde die vorübergehende Tagesordnung von den anwesenden Ländern in der Reihenfolge geändert. Die Umsetzung der Empfehlungen des Weltgipfels für Ernährung wurde an die erste Stelle gesetzt, gefolgt von der Koordination von humanitären Hilfseinsätzen und schließlich der kulturellen Entwicklung. Die Reihenfolge der Tagesordnung entsprach weitgehendst den Wünschen Südafrikas, auch wenn humanitäre Hilfseinsätze gerade für den Kontinent Afrika gegenwärtig im Vordergrund stehen.

Im Verlauf der Verhandlungen zeigte sich, daß aufgrund der begrenzten Zeit nur über den ersten Tagesordnungspunkt debattiert und abgestimmt wurde. Abschließend wurden mehrere Resolutionen mehrheitlich angenommen, über die am letzten Tag in der Vollversammlung abgestimmt wurden.

Umsetzung der Empfehlungen des Weltgipfels für Ernährung von 1996

Die Republik von Südafrika unterstützt das Hauptziel der Erklärung von Rom von 1996, die Zahl der unterernährten Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Der Kontinent Afrika ist besonders betroffen von Hunger und Armut. Konflikte zwischen und innerhalb afrikanischen Staaten bedeuten eine Quelle für Armut, Hunger und das Leiden vieler Menschen, besonders von Frauen und Kindern. Südafrika setzt sich daher für eine Konfliktbeilegung in Ländern wie der Republik Kongo, Sierra Leone und Angola sowie für Maßnahmen der Konfliktverhinderung in anderen afrikanischen Staaten ein. Die Republik Südafrika sieht sich in diesem Prozeß als Vermittler wann immer sich Konfliktparteien dazu bereit erklären, Südafrika diese Position zuzubilligen.

Weiterhin sind Menschenrechte und ein Demokratisierungsprozeß in Verbindung mit sozialen und wirtschaftlichen Reformen die wichtigsten Säulen für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Bekämpfung von Armut. Südafrika setzt sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein und sieht die steigende Bedeutung der Frau als Versorgerin im Haushalt, besonders in ländlichen Gebieten.

Südafrika geht es nicht darum, seine eigenen Interessen anderen Ländern aufzuzwingen, sondern hofft auf die Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Staaten, den Industrieländern und regionalen Organisation wie der SADC (*Southern African Development Community*) oder der OAU (*Organization of African Unity*).

Verhandlungsverlauf

Zu allererst war es schwierig, Kontakt mit den afrikanischen Ländern aufzunehmen, die in regionalen Organisationen wie der SADC vertreten waren. Viele der afrikanischen Länder schlossen sich in einem „*African Block*“ zusammen, der mit den bestehenden Organisationen jedoch wenig gemeinsam hatte. Immer wieder mußten wir daher feststellen, daß sich manche Länder, wie beispielsweise Namibia, „out of character“ benahmen und es schwer war, mit diesen Ländern Allianzen aufzubauen.



GS 3rd: Katrin Luger und Christian Webersik

Südafrika war durch die neutrale politische Lage in einer Position mit viel Verhandlungsspielraum und hatte die Möglichkeit, unterschiedliche Resolutionen zu unterstützen. Die meisten der zehn zur Abstimmung eingereichten Resolutionen des ersten Tagesordnungspunktes wurden während des Abstimmungsverfahrens von den anwesenden Nationen angenommen. Ein Erfolg für Südafrika war, daß die ursprünglich von den Seychellen vorgeschlagene Resolution mit der Unterstützung von Südafrika

und anderen Ländern vom Dritten Ausschuß der Generalversammlung angenommen wurde.

Eine weitere Resolution zum selben Thema lehnten wir dagegen ab, da sie von Ländern wie den U.S.A und dem Iran unterstützt wurde und es für uns unverständlich war, wie diese beiden Staaten mit einem völlig gegensätzlichen politischen System und politischen Interessen gemeinsam einen Vorschlag einbringen konnten. Dies soll als Beispiel dienen, mit welchen Probleme die Südafrikanische Delegation zu kämpfen hatte, wenn es darum ging, als Südafrikaner die „Regenbogennation“ zu vertreten.

9.3 Südafrika im Vierten Ausschuß der Generalversammlung

vertreten von Johannes Kiersch und Jan Matthias Diehl

Der Vierte Ausschuß der Generalversammlung

Die Vollversammlung ist eine der sechs zentralen Organe der Vereinten Nationen. In ihr sind alle Mitgliedsländer der UNO vertreten; 1998 sind dies 185 Länder. Das Vierte Komitee beschäftigte sich ursprünglich mit Themen, die Protektoratsstaaten und besetzte Gebiete betreffen. Mit den Erfolgen der Dekolonisationsbewegung wurde dem Komitee praktisch die Arbeitsgrundlage entzogen, 1993 wurde es mit dem Komitee für besondere politische Fragen liiert und beschäftigt sich seitdem mit politischen- und Dekolonisationsangelegenheiten.

Für die NMUN-Konferenz 1998 waren folgende Themen vorgeschlagen:

1. Die Stabilisierung der palästinensischen Gebiete
2. Die Situation in Armenien und Aserbaidshen
3. Unterstützung der Vereinten Nationen für nicht selbst regierte Gebiete.

Da der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshen sich weitestgehend entspannt hat, betrachtete die Republik Südafrika die Themen 1 und 3 als am wichtigsten. Aufgrund der besonderen Aktualität des Problems legten wir eine besondere Betonung auf das erste Thema. Demzufolge waren wir erfreut, als nach einer 30-minütigen Diskussion die Themenfolge 1 - 3 - 2 vereinbart wurde.

Die Stabilisierung der palästinensischen Gebiete

Die Republik Südafrika unterstützt eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Obwohl Israel ein wichtiger Handelspartner in der Region ist, unterstützt Südafrika weiterhin das palästinensische Volk in seinem Engagement für Autonomie und Selbstbestimmung, entsprechend der südafrikanischen Geschichte und den guten Beziehungen zwischen dem ANC und der PLO.

Während der Diskussion versuchten wir zunächst, mit den anderen afrikanischen Staaten zusammenzuarbeiten, was nicht von Erfolg gekrönt war. Die meisten suchten einen eher wirtschaftlichen Zugang zu der Problematik, ohne die politischen Umstände zu berücksichtigen, was für Südafrika nicht weit genug ging. So suchten wir andere Unterstützung für unsere auch politisch orientierten Ideen, und gingen letztlich eine - zugegebenermaßen etwas ungewöhnliche - Koalition mit Malaysia, Philippinen, Jemen, Libanon und Syrien ein.



Valerie Weinzierl und Matthias Diehl

In unserem Resolutionsentwurf verfolgten wir eine Doppelstrategie. Zuerst versuchten wir, die palästinensischen Gebiete sowohl wirtschaftlich als auch politisch weiter zu stabilisieren, indem wir beispielsweise Israel aufforderten, keine Grenzschießun-

gen mehr vorzunehmen und einen ungehinderten Fluß von Personen, Fahrzeugen und Waren zwischen Israel und Palästina zu ermöglichen. Zweitens versuchten wir, die außenpolitische Lage Palästinas zu verbessern, indem wir die Vollversammlung aufforderten, „den Status der palästinensischen Delegation bei den Vereinten Nationen baldmöglichst zu überdenken“.

Da unser Resolutionsentwurf klar das am stärksten pro-palästinensische Papier war, das mit Sicherheit nicht viel direkte Unterstützung bekommen würde, verlegten wir uns darauf, während den Verhandlungspausen möglichst viele Länder davon zu überzeugen, nicht gegen unsere Resolution zu stimmen, sondern sich bei der Abstimmung zu enthalten. Diese Strategie ging beinahe auf - während der namentlichen Abstimmung unserer Resolution stimmten 37 Staaten dafür, 37 stimmten dagegen, und 104 Staaten enthielten sich der Stimme. Dies bedeutete, das die Resolution aufgrund von Stimmgleichheit abgelehnt wurde.

Letztendlich war diese die einzige von sechs abgestimmten Resolutionen, die nicht verabschiedet wurde. Die angenommenen Resolutionen zeigten eine interessante Bandbreite von pro-israelischen Papieren, über Vorschläge zur Einrichtung von ad-hoc-Komitees bis zu rein wirtschaftlich orientierten Resolutionen, die keinerlei politische Aussagen machten. Auch kam es vor, daß sich einige Resolutionen sehr stark in den Grundideen ähnelten.

Da die Debatten, Verhandlungen und Abstimmungsprozeduren bezüglich des ersten Themas die gesamten drei Tage in Anspruch nahmen, blieb keine Zeit mehr, das zweite und dritte Thema zu diskutieren. Aufgrund der hohen Kontroversität der Palästinafrage halten wir das auch keinesfalls für eine unrealistische Situation. Insgesamt haben wir drei Tage mit leidenschaftlichen Debatten, stressigen Verhandlungen und spannenden Abstimmungen (s.o.!) verbracht.

9.4 Südafrika im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

vertreten von Jan Bittner and Gregor C. Blach

Der Wirtschafts- und Sozialrat

Der Wirtschafts- und Sozialrat hat 54 Mitgliedsländer, die für jeweils drei Jahre von der Vollversammlung gewählt werden. Der Rat wurde bereits 1945 ins Leben gerufen, um folgende Aufgaben der Vereinten Nationen zu koordinieren:

1. die wirtschaftliche und sozialen Entwicklungen der Mitgliedsländer
2. Lösungssuche bei wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitspolitischen Aufgaben, Kultur- und Bildungsaufgaben
3. die Einhaltung von Menschenrechten.

Auf der NMUN-Konferenz 1998 wurden folgende Punkte auf die Tagesordnung gesetzt:

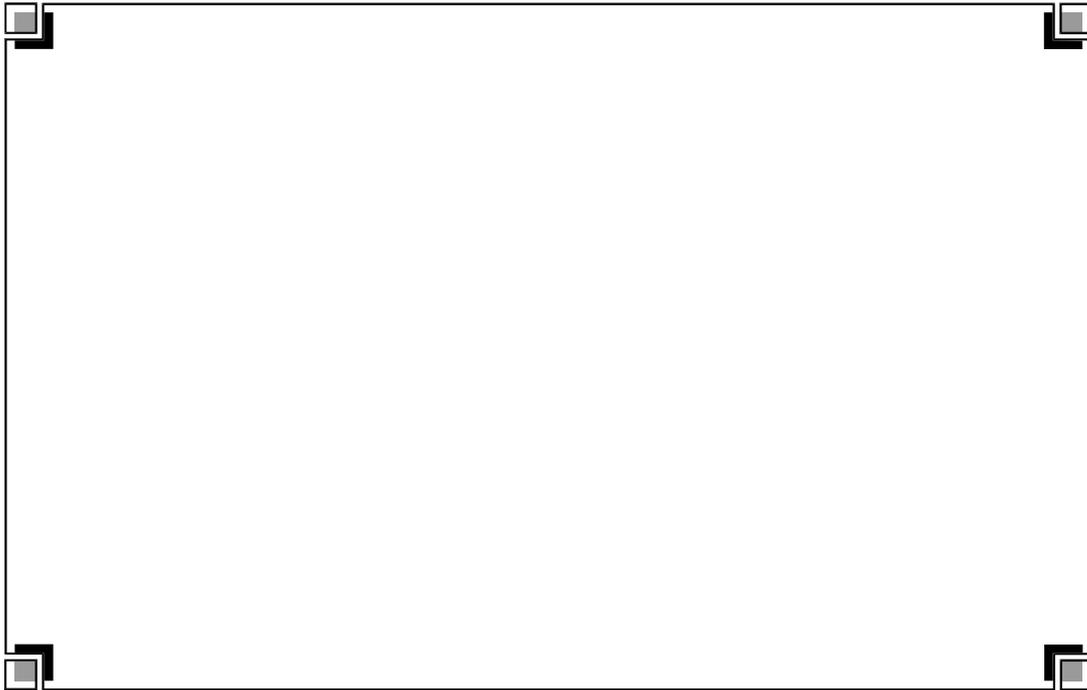
1. Die Einhaltung und Verbesserung von Menschenrechten im Zusammenhang mit der HIV/AIDS-Problematik
2. Die globalen Auswirkungen transnationaler Konzerne
3. Vergangenheit und Zukunft der Menschheit: Das verstärkte Engagement der Vereinten Nationen für die Jugend und die Senioren der Welt.

HIV/AIDS

Die HIV/AIDS-Problematik stellt inzwischen ein gewaltiges Problem für das Afrika südlich der Sahara dar. In Südafrika sind nach UN-Zahlen bereits 6% der Bevölkerung infiziert. Aus diesem Grund war es für uns sehr wichtig, daß dieser Punkt nach einigen Diskussionen an die Spitze der Tagesordnung gesetzt wurde.

In der folgenden Aussprache betonten wir auf die Fortschritte und die zukünftigen Aufgaben von UNAIDS, dem AIDS-Programm der Vereinten Nationen. Im Hinblick auf unsere Geschichte und unsere Erfahrungen als junge Demokratie verwiesen wir auf die Wichtigkeit, die Menschenrechte der Betroffenen und Erkrankten zu garantieren. Dazu gehören für Südafrika auch die Förderung von Erziehungsprogrammen und Aufklärungskampagnen, die wir in unseren Reden vor dem Plenum forderten. In diesem Zusammenhang empfahlen wir der Menschenrechtskommission besonders bei HIV/AIDS-Betroffenen die Einhaltung der Menschenrechte zu beachten. Da die HIV/AIDS-Problematik in Afrika besonders akut ist, haben wir eine gemeinsame Afrikanische Position formulieren können, die wir dem Plenum vorstellen durften.

Um für dieses Programm eine Mehrheit zu bekommen, haben wir mit mehreren westlichen Ländern zusammengearbeitet. Daraus wurde dann die Resolution ECOSCO 1/3. Während der vielen Diskussionsstunden waren wir besonders von der Delegation Chinas überrascht, die abweichend von ihrer Regierung, die Menschenrechte und die Wichtigkeit von NGOs hervorhob



Voting Procedure im ECOSOC: Sachka Stefanova, Gregor C. Blach und Jan Bittner

Transnationale Konzerne

Die globalen Auswirkungen transnationaler Konzerne waren ebenfalls ein wichtiges Anliegen für Südafrika. Besonders in den Zeiten der Globalisierung ist es eine besondere Herausforderung, die Aktivitäten transnationaler Konzerne zum Wohlergehen aller Menschen zu nutzen. Den Rahmen für zukünftige Regelungen müssen daher die Vereinten Nationen bilden und wir betonten die Verantwortung der UN-Organe und -Behörden bei dieser Aufgabe. Bei den Verhandlungen wurde der Spalt zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern sehr deutlich. Dennoch konnten sich die Entwicklungsländer mit ihrer Mehrheit im ECOSOC-Plenum durchsetzen, während beispielsweise die USA mit ihren Resolutionen scheiterte.

Nebenorgane des Wirtschafts- und Sozialrates

Am letzten Tag war es die Aufgabe des Plenums des Wirtschafts- und Sozialrates über die Resolutionen und Berichte der Unterorganisationen abzustimmen. Dieser Wahlvorgang fand im Hauptquartier der Vereinten Nationen am East River statt. Eine der wichtigsten Entscheidungen war es, die von der Menschenrechtskommission vorgeschlagenen Ergänzungen der Deklaration der Menschenrechte zu verabschieden. Nach einer dreistündigen Diskussion wurde beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt auf das Jahr 1999 zu verschieben.

Speech before the ECOSOC-Plenary

Honorable Chair, distinguished Delegates,
the Republic of South Africa wholeheartedly welcomes the discussion on Human Rights in the context of HIV/AIDS here at the ECOSOC-Plenary.

As you of course know, we are a young democracy. Since our great changes in 1994 and thanks to our president Mr. Mandela and the South African government we put Human Rights in the center of our national policy. Human Rights are so essential for our country. That is the reason why we have been amazed by the discussion here at the ECOSOC-Plenary.

Two countries which were accused for such a long time of violating Human Rights and often didn't work together with the international community, now made a great shift in their Human Right policy. Let me express my great feelings and welcome China and Cuba in the group of nations that feel so strongly obliged to Human Rights.

For us, the South African delegation, it is encouraging to see how much pressure China puts on the resolutions to help NGOs investigate in their country and to stress out the Right of prisoners. That will not only be encouraging for us, but also for the millions in the chinese prisoners camps.

The delegation of South Africa thinks that this discussion here at the ECOSOC-Plenary is a great example of how effective it can be to promote Human Rights by discussing them. The shift in the chinese and cuban Human Right policy is a great example of how effective the United Nations can be.

South Africa hopes that this discussion will also encourage all the UN-hostile US-politicians to cooperate with the United Nations and to help strengthen this organization. So we are looking forward to see the United States of America pay its dues.

Thank you.

9.5 Südafrika in der Menschenrechtskommission (CHR)

vertreten von Kathrin Lorenz und Sachka Stefanova

Die Menschenrechtskommission

Die *Commission on Human Rights* (CHR) ist ein Nebenorgan des Wirtschafts- und Sozialrats. Sie besteht aus 53 Mitgliedstaaten, die für 2 Jahre gewählt werden, und tritt jedes Jahr in Genf zusammen. Da die Vereinten Nationen dieses Jahr den 50. Jahrestag der *Universalen Menschenrechtserklärung* begehen, hat die *Commission on Human Rights* sich auf eine Überarbeitung dieses Dokuments konzentriert. Folg-

lich gab es in der CHR keine vorgegebene Agenda und die Arbeit der Commission beruhte auf Eingaben der Mitgliedstaaten.

Bevor allerdings die neuen Herausforderungen in Menschenrechtsfragen diskutiert werden konnten, mußte geklärt werden, ob das Originaldokument ergänzt oder eine neue Konvention verfaßt werden solle. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten plädierte dafür, die neuen Themenbereiche in die *Universale Menschenrechtserklärung* einzufügen. Hierbei wurde allerdings unterstrichen, daß durch ein Öffnen der Erklärung die Gefahr bestehe, daß auch Veränderungen vorgenommen würden, die die geltenden Menschenrechtsstandards abschwächen könnten. Die Entscheidung verlangt deshalb eine äußerst vorsichtige Vorgehensweise, wie Südafrika vielen Mitgliedstaaten gegenüber während informeller Gespräche hervorhob.

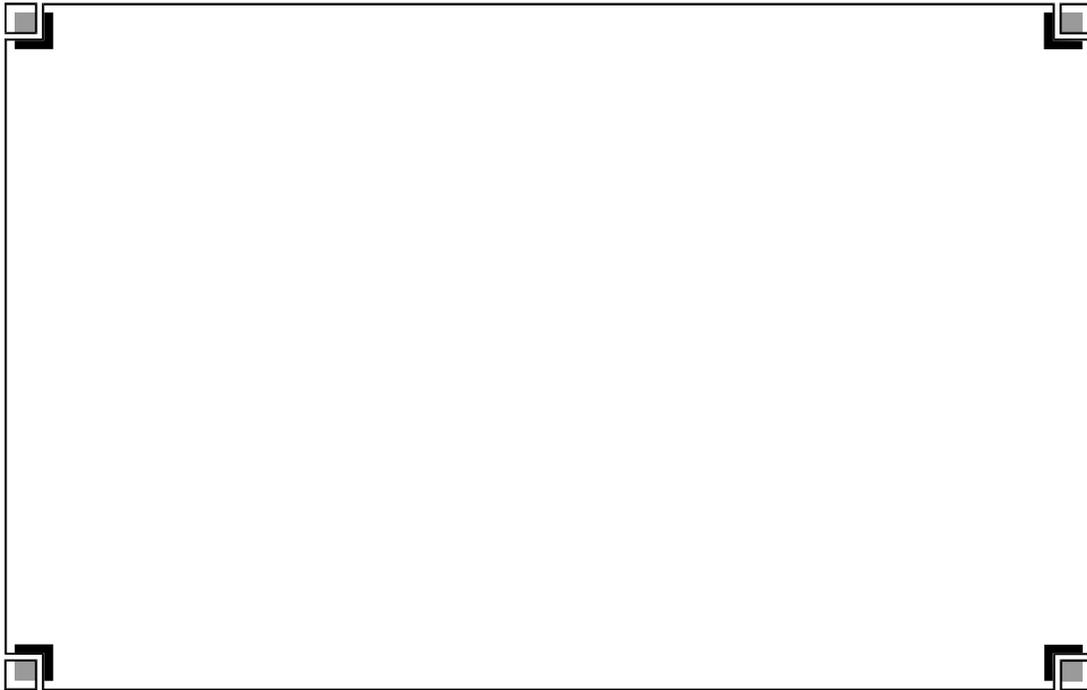
Arbeitsgruppen

Nachdem entschieden wurde, das Originaldokument zu verändern, hat Südafrika die Aufteilung der CHR in drei Arbeitsgruppen vorgeschlagen, um dadurch so viele der wichtigen neuen Herausforderungen wie möglich ansprechen zu können. Gegen die Stimme vieler Industrieländer konnten wie unseren Vorschlag durchsetzen. Es wurden folgende Arbeitsgruppen gebildet:

1. Recht auf Entwicklung
2. Implementierung
3. Neue Themen.

Recht auf Entwicklung

Eingeschüchtert durch die Anwesenheit mehrerer bedeutender Industrienationen in dieser Arbeitsgruppe, haben es viele Entwicklungsländer zugelassen, diesen Ländern eine Führungsrolle zuzugestehen. Insbesondere unter dem Druck von Japan und den USA verlagerte sich selbstverständlich der Schwerpunkt der Diskussion auf Themen, die eher in der dritten Arbeitsgruppe hätten behandelt werden sollen (Umwelt, Frauen, etc.), um brisante Entwicklungsthematiken zu vermeiden. Zusammen mit dem einzigen anderen Vertreter der SADC, Simbabwe, hat Südafrika den Schwerpunkt auf das eigentliche Themen zu lenken versucht. Wir unterstrichen die Notwendigkeit der Integration von Entwicklungsländern in die Globalisierungsprozesse der Wirtschaften mittels Investitionen, Entwicklungsunterstützung und technischer Hilfe. In diesem



Caucussing in der CHR: Kathrin Lorenz

Zusammenhang kamen den Vertretern des CHR die Kooperation mit unseren Vertretern der *Working Group on the Right to Development* und die anregenden Diskussionen sehr zugute.

Die Führungsrolle der Industrienationen sowie die Unfähigkeit der afrikanischen Staaten, einen gemeinsamen Standpunkt zu entwickeln, erschwerte die Aktivitäten in dieser Arbeitsgruppe sehr. Deshalb waren die SADC-Vertreter sehr erfreut, die oben angeführten Themen wenigstens in der Präambel des Arbeitspapiers wiederzufinden, welches Mittwoch am späten Abend und Donnerstag früh morgens in Zusammenarbeit mit den USA, Japan, Pakistan, Deutschland und anderen verfaßt wurde. Im Inhalt des Arbeitspapiers wurde *Right to Development* als Schwerpunktthema der aktuellen Menschenrechtsproblematik unterstrichen sowie Armut als Hauptursache im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen anerkannt. Nach langer informeller Diskussion hatten wir somit erreicht, einige unserer wichtigsten menschenrechtspolitischen Grundzüge in das Papier zu integrieren.

Implementierung

Die Arbeitsgruppe für Implementierung erreichte einen Konsens für ein Arbeitspapier, welches die wichtigen Begriffe der Unteilbarkeit und Universalität von Menschenrechten beinhaltet. Auch hier war die SADC maßgeblich daran beteiligt, diese bedeutenden Themen in das Papier aufzunehmen. Dieser Erfolg war allerdings nur

möglich indem wir das Zugeständnis machten, staatliche Souveränität auch weiterhin anzuerkennen. Obwohl Südafrika nicht für eine Stärkung des Konzepts der Souveränität ist, waren wir der Ansicht, daß ein Kompromiß in dieser Frage trotzdem eine Verbesserung der aktuellen Standards bedeute. Souveränität gilt heute ohnehin als ein Begriff, der eine Reihe verschiedener Interpretationen zuläßt.

Neue Themen

Die dritte Arbeitsgruppe behandelte schwerpunktmäßig die Frage der *Women's and Children's Rights*. Angesichts der divergierenden Interessenlagen und insbesondere der ablehnenden Haltung einiger Staaten, wie China, konnte man sich auch in dieser Arbeitsgruppe nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen: anstatt der Menschenrechtserklärung ein Kapitel über *Women's and Children's Rights* hinzuzufügen, wurde in dem Arbeitspapier vorgeschlagen, daß Menschenrechte allgemeingültig, ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Alter, sein sollten.

Abstimmungen

Nach geringfügigen Veränderungen wurden die Arbeitspapiere der ersten beiden Arbeitsgruppen am Freitag als Resolutionen präsentiert. Die Abstimmung ergab, daß keine der Resolutionen den notwendigen Konsens der Mitgliedstaaten erhielt. Allerdings stimmte eine große Mehrzahl dafür, da diese immerhin Verbesserungen zu den jetzigen Standards darstellten. Südafrika hatte sich maßgeblich an den Vorarbeiten der Resolutionen beteiligt und stimmte in beiden Fällen dafür. Wir waren der Ansicht, daß selbst solche kleinen Fortschritte dazu beitragen, die Entwicklung in Richtung einer globalen Menschenrechtskultur zu unterstützen.

Die Vertreter Südafrikas in der CHR waren äußerst dankbar für die Zusammenarbeit innerhalb der SADC und innerhalb unserer Delegation. Obwohl die Überarbeitung der Menschenrechtserklärung von 1948 durch die Abstimmung im Wirtschafts- und Sozialrat verschoben wurde, sind wir trotzdem stolz darauf, eine derart bedeutende Rolle im Verlauf der Diskussionen gespielt zu haben und eine größere Wachsamkeit für Themen kreiert zu haben, die für Südafrika sehr wichtig sind.

9.6 Südafrika im Expertentreffen zum Recht auf Entwicklung vertreten von Maria Pia Castro und Markus Fibinger

Die Expertengruppe

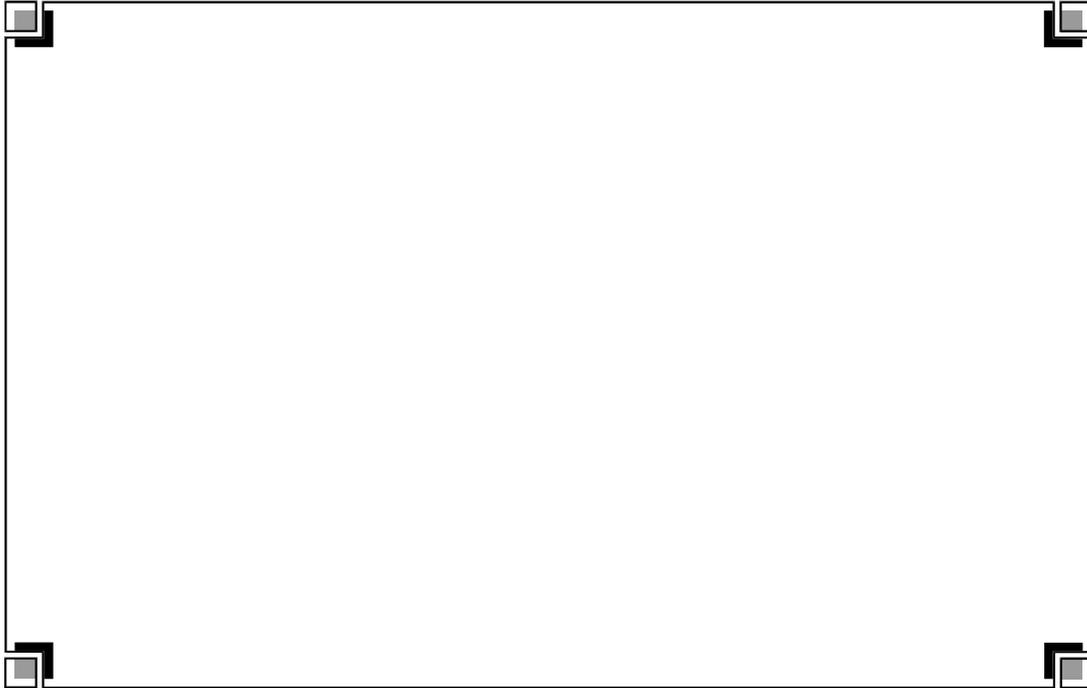
Die *Intergovernmental Working Group of Experts on the Right to Development* traf sich in einem kleinen netten Raum mit ovalen Tisch und komfortablen Chefsesseln und bestand aus nur 20 Teilnehmern, im Gegensatz zu bis zu 300 Teilnehmern in anderen *Committees*. Die Einmaligkeit und das Besondere war von Anfang an zu spüren und war auch nicht mehr wegzudenken.

Wir wußten nicht gleich, daß wir uns in so einer besonderen Gruppe befanden, erst als wir mit den anderen Mitgliedern sprachen wurde uns dies bewußt. Einer der gravierendsten Unterschiede bestand darin, daß man in der Arbeitsgruppe die Möglichkeit hatte, sein gesamtes Wissen auf den Tisch zu legen und daß man immer auf die *Speaker's List* gesetzt werden und so seine Ideen und Wissen den anderen mitteilen konnte. Aber es hieß auch, daß wir unser Wissen profunder und detaillierter vermitteln mußten, um zu überzeugen, als in den großen *Committees*. Der andere entscheidende Unterschied war, daß wir keine Resolution verabschiedeten, sondern einen Report erbringen mußten, der dann im übergeordneten Committee für Menschenrechte angenommen und in deren Arbeit eingegliedert wurde. Und außerdem waren wir Experten und vertraten nicht strikt die staatliche Meinung der Republik Südafrika. Diese spezielle Situation ermöglichte es, in unserer Gruppe eine herzliche und auch sehr entspannte Arbeitsatmosphäre zu verbreiten.

Unsere Vorschläge für die Arbeitsagenda waren:

1. Frauen in der Entwicklung
2. Weitere Hürden auf dem Weg zum Recht für Entwicklung
3. Ein Rückblick auf das Recht für Entwicklung.

Leider wurde die Arbeitsagenda nicht nach unseren Vorstellungen beschlossen, sondern es ergab sich nach der Abstimmung die Reihenfolge 3 - 1 - 2. Zum Abschluß der Beratungen aber entschuldigte jede andere Delegation sich bei uns, unseren Vorschlag nicht angenommen zu haben, da wir alle uns viel Zeit und endlose, unnütze Diskussionen erspart hätten.



Diskussionen in der Expertengruppe, in der Mitte Pia Castro

Verhandlungen

Im Laufe der Beratungen wurde vielen der anderen Länder bewußt, daß Südafrika eine gewichtige Rolle bei der Entscheidungs- und Urteilsfindung trug. Auch war klar, daß Südafrika für die anderen Experten ein Partner und kein Opponent war.

Punkt 3 der Arbeitsagenda war ein besonders heikles Thema und es dauerte zwei Tage bis wir endlich zu einem allgemeingültigen Report kamen. So hatten wir sehr wertvolle Zeit verloren, um endlich zu dem wichtigsten Punkt unserer Arbeit zu kommen: Frauen in der Entwicklung.

Bei der Diskussion des Themas wurde allen bewußt, daß Südafrika eine führende Rolle im Kampf für die Rechte der Frauen und deren Entfaltung in der Dritten Welt spielt und so auch die Ideen und Vorschläge Südafrikas im Abschlußbericht besonderes Gewicht hatten. Dieser Report enthielt dann auch fast wörtlich alle unsere Vorschläge, die wir schon im Vorfeld in unserem Positionspapier ausgearbeitet hatten.. Da wir soviel wie möglich in unserer Gruppe erarbeiten wollten, gingen die Arbeit und die Diskussionen mit einigen anderen Experten bis tief in die Nacht hinein.

Freitag unser letzter Tag war der anstrengendste aller Tage, mit Druck vom Direktor, Vorsitzenden und der Sekretärin der Gruppe, den Abschlußbericht fertigzustellen und alle drei Themen zu verarbeiten, waren wir etwas überfordert, da wir alle wußten

, daß dies nicht möglich war, weil wir zuviel Zeit für die beiden ersten Themen verwendet hatten.

Zu guter letzt möchten wir noch anmerken, daß die Anforderungen und auch das Niveau der Arbeitsgruppe so hoch waren, wie wir es erwartet hatten. Für alle die nach uns zu NMUN fahren, sagen wir: nehmt an so einer Arbeitsgruppe teil. Alle diplomatischen Strategien und alles, was man in der Vorbereitungsphase gelernt hat, wird gebraucht und hilft unheimlich - es macht wirklich Spaß. Am Ende konnten wir wirklich sagen, wir haben etwas erreicht, uns wurde zugehört und wir haben neue Freunde gefunden.

9.7 Südafrika im Gemeinsamen Ministerialtreffen des IMF und der Weltbank

vertreten von Liv Jacobsen und Valerie Weinzierl

Die Vorbereitung

Als wir im November 1997 erfuhren, daß wir die Republik Südafrika im „*Joint Ministerial Meeting of the International Monetary Fund and the World Bank*“ vertreten würden, war die Freude groß. Für uns als Studenten der Wirtschaftswissenschaften eröffnete sich nun endlich die Möglichkeit, das Gelernte praktisch umzusetzen. Es folgten wochenlange Vorbereitungen und Gespräche, auch mit Experten der Weltbank, mit Professoren und Managern, die sich vor allem um folgende Themen, unsere Agenda, drehten:

1. Multilateraler Schuldenerlaß für hochverschuldete Entwicklungsländer
2. Die Handhabung des globalen Kapitalmarktes
3. Institutionelle Reformen des IWF und der Weltbank.

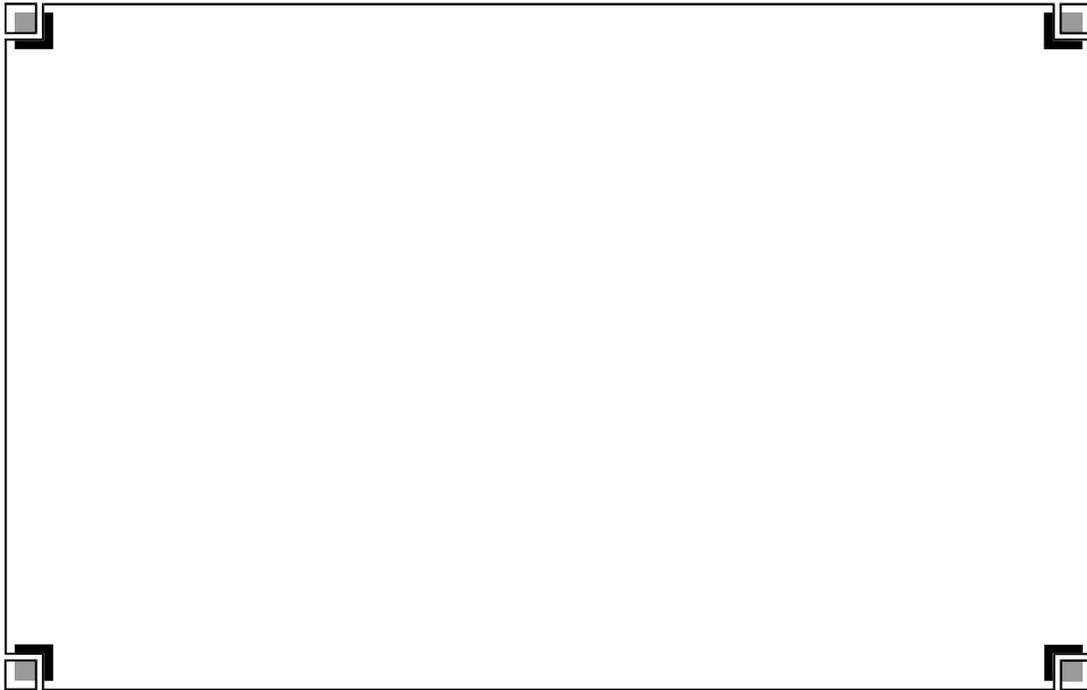
Genau in dieser Reihenfolge wurden die Themen dann auch bei dem tatsächlichen Meeting in New York diskutiert. Wir hätten zwar lieber aus strategischen Gründen die „Institutionelle Reform“ an den Anfang der Agenda gesetzt, aber mit diesem Anliegen standen wir ziemlich allein da.

Multilateraler Schuldenerlaß

Das Thema "Schuldenerlaß" versprach eine sehr interessante und harte Auseinandersetzung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Uns als „Südafrikaner“ tangierte dieses Thema nicht so besonders, weil Südafrika im Vergleich zu fast allen anderen afrikanischen Ländern kaum Auslandsverschuldung hat. Allerdings konnten wir hierbei wunderbar unsere Vermittlerrolle ausspielen. Aus Sicht der Entwicklungsländer und afrikanischer Nationen waren wir „einer von ihnen“, allerdings einer der Stärkeren. Wir gehörten aber auch zu den Industrienationen, wenn auch als einer der Schwächeren. Unser Anliegen war es also, einen gut balancierten Kompromiß zwischen beiden Positionen zu finden, was gar nicht so einfach war, da in unserem Komitee das Abstimmungsverfahren etwas „ungerecht“ war: Hier galt nicht „*one country, one vote*“, sondern viel eher „*one Dollar, one vote*“. Je mehr ein Land dem IWF und der Weltbank an Geld zur Verfügung stellt, desto höher die Sonderziehungsrechte und auch der Stimmenanteil. Das bedeutet, daß die größten Industrieländer mit über 50 % der Stimmen eindeutig die Politik von IWF und Weltbank diktieren. Ganz Afrika verfügt lediglich über knapp 4 % der Stimmen, wobei die Republik Südafrika mit 0,94 % Spitzenreiter und somit „Stimme Afrikas“ ist.

Um beim ersten Thema unseren Einfluß auch dementsprechend geltend zu machen, standen wir zwei Stunden früher als die meisten anderen auf und verfaßten mit zwei weiteren afrikanischen Ländern ein Thesenpapier, das im Verlauf des Tages Grundlage sämtlicher Resolutionen wurde. Was lernten wir daraus? „Steh früh auf und der Erfolg ist Deiner!“

Inzwischen hatte sich herauskristallisiert, daß nicht alle „Experten“ in unserem Komitee mit dem gleichen Fachwissen angereist waren. Zugegeben, die Themen waren sehr komplex und selbst uns als Wirtschaftlerinnen kurz vor dem Diplom fiel es zum



*Lagebesprechung im Hotelzimmer: v.l.n.r.: Pia Castro, Kathrin Lorenz, Tobias Kahler,
Valerie Weinzierl und Johannes Kiersch*

Teil nicht leicht, die Materie zu durchdringen. So war es verständlich, daß z.B. 20-jährige Psychologie-Studentinnen, die eine Industrienation vertraten, zu den Themen weniger beitragen konnten, als 25-jährige mit einem Masters-Degree in „Internationalen Wirtschaftsbeziehungen“. So kam es also vor, daß Länder wie Paraguay und Malaysia auf einmal die Vorreiterrolle in den Verhandlungen übernahmen und so die Weltwirtschaftspolitik maßgeblich beeinflussten. Doch nicht nur das Wissen, auch Profilneurosen schienen bei den Reden und in den Diskussionen ausschlaggebend für viele Wortmeldungen. Wir versuchten hingegen, so weit wie möglich „in character“ zu bleiben, also ruhig, freundlich und diplomatisch, ohne uns allerdings „die Butter vom Bagel“ nehmen zu lassen.

Handhabung des globalen Kapitalmarktes

Das zweite Thema, „Handhabung des globalen Kapitalmarktes“ erwies sich aufgrund der Finanzmarkt-Schwierigkeiten in Asien als besonders aktuell und brisant. Ein Grund dafür, daß alle Länder an einer umfassenden Lösung des Problems interessiert schienen. Der strittigste Punkt war, ob man Ländern in Krisensituationen zur Entschärfung der Lage die Möglichkeit bieten sollte, die meist einsetzende Kapitalflucht durch Zölle oder Steuern zu beschränken. In dieser Diskussion verfaßten wir gleich zu Anfang gemeinsam mit Malaysia, Japan, den USA, Thailand und Namibia eine

erfolgversprechende Resolution, die nach einigen kontroversen Debatten verabschiedet wurde. Daraus lernten wir: „Kooperiere mit den Klügsten und formuliere so allgemein, daß Du Dir die Unterstützung derjenigen sicherst, die etwas zu sagen haben.“

Als Ergebnis können wir uns nun freuen, an der vom IWF innerhalb der nächsten 6 Monate veranstalteten Konferenz über Krisenprävention in Johannesburg, Südafrika, teilnehmen zu können, eine Konferenz, die wir hartnäckig durchgesetzt haben. Wir lernten: „Beharrlichkeit und laute Worte bringen Konferenzen an gewünschte Orte“.

Nach vielen Stunden zäher Verhandlungen waren insgesamt fünf Resolutionen in unserem Komitee verabschiedet, drei davon hatten wir mitverfaßt. Als wir unsere Kostüme und übriggebliebenen Visitenkarten übermüdet im Koffer verstauten, packten wir aber nicht nur diese mit ein, sondern auch ein großes Bündel an neuem Wissen, Verständnis und unvergeßlichen Erinnerungen!

9.8 Südafrika in der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD)

vertreten von Stefanie Dobbert und Philipp Belter

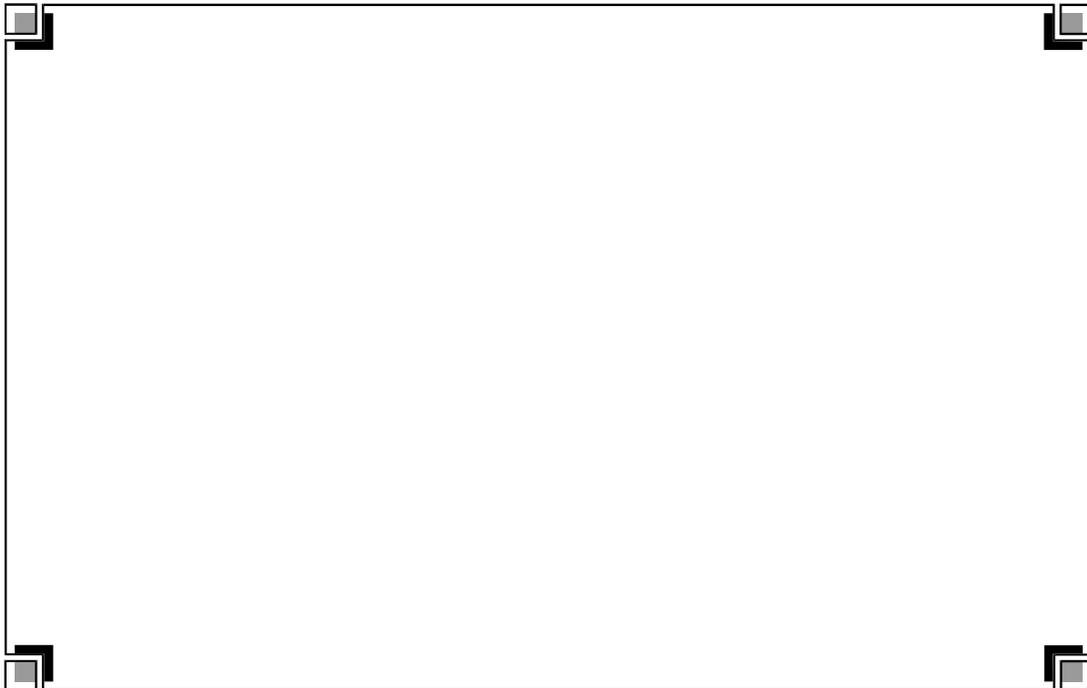
UNCTAD

Im Jahr 1964 beschlossen die Vereinten Nationen, eine ständige Konferenz für Handel und Entwicklung als ein Organ der UN-Vollversammlung einzurichten. Am 30. Dezember 1964 wurde die *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD) mit Sitz in Genf gegründet.

Die UN-Vollversammlung betraute die UNCTAD damit, den internationalen Handel vor allem im Interesse der Entwicklungsländer zu fördern und hierzu Grundsätze und Richtlinien sowie Vorschläge für deren Anwendung auszuarbeiten; konkrete Anstöße für neue multilaterale Vorschriften im Handelsbereich zu geben und als Zentrum für Harmonisierung der Handels- und Entwicklungspolitik der Regierungen und regionalen Wirtschaftsgruppierungen zur Verfügung zu stehen.

Diese Ziele überschneiden sich jedoch erheblich mit den Aufgaben des GATT-Abkommens. Die Entwicklungsländer verfolgten noch bis zum Ende der achtziger Jahre das Ziel, daß der UNCTAD eine Vorrangstellung gegenüber IWF, Weltbank

und GATT eingeräumt würde. Die hierüber geführten Auseinandersetzungen führten aber zu einer zunehmenden Lähmung der UNCTAD. Seit Anfang der neunziger Jahre sieht die Organisation ihre Aufgaben nunmehr darin, einen effizienten Beitrag zu leisten, um die Entwicklungs- und Transformationsländer in die zunehmend liberalisierte und globalisierte Weltwirtschaft zu integrieren. Damit wurden zugleich frühere Konfliktpotentiale im Zusammenhang mit den Aufgaben des GATT-Abkommens bzw. der neu eingerichteten WTO weitgehend ausgeräumt. Aber noch immer steht die UNCTAD vor der Aufgabe, ihre Existenz rechtfertigen zu müssen.



v.l.n.r.: Valerie Weinzierl, Philipp Belter, Stefanie Dobbert und Sachka Stefanova

Die Tagesordnung der UNCTAD beschäftigte sich in diesem Jahr vor allem mit der Integration der Entwicklungs- und Transformationsländer in die Weltwirtschaft. Die Tagesordnungspunkte waren im einzelnen:

1. Förderung des GSP-Systems für gleiche Handelsbedingungen als ein Instrument für Entwicklung in der Post-Uruguay-Runde
2. Bewertung der Auswirkungen regionaler Handelsabkommen
3. Die Förderung von Wachstum auf dem Weg zur Vollbeschäftigung.

Wie von der Delegation der Südafrikanischen Republik präferiert, wurde die Tagesordnung in der zuvor genannten Reihenfolge festgesetzt. So hatten sich am Ende des ersten Verhandlungstages die Erwartungen Südafrikas voll erfüllt.

Generalized Systems of Preferences (GSP)

Am Morgen des zweiten Verhandlungstages fanden sich die Mitgliedstaaten der UNCTAD entsprechend ihrer geographischen Zugehörigkeit oder wirtschaftlichen Stärke zusammen, um ihre Interessen zu koordinieren und in verschiedenen Resolutionsentwürfen zusammenzufassen und sie anschließend dem Forum zur Diskussion zu überlassen. So auch die Delegationen der afrikanischen Länder. Dabei hatte Südafrika größtes Interesse, einen eigenen Resolutionsentwurf mit folgenden Kerngedanken einzubringen: Die Uruguay-Runde des GATT erzwingt Veränderungen und Ergänzungen des GSP in einer Vielzahl von Punkten. Südafrika betrachtet GSP als ein wichtiges Entwicklungsinstrument, das vor allem den ärmsten Ländern dienen soll. Allen Nationen, integriert in das GSP-System, sind die gleichen Begünstigungen zu gewähren. Dabei soll das GSP-System stärker die unterschiedlichen Entwicklungsstufen der jeweiligen Länder berücksichtigen und seine Kriterien müssen einfach, klar und transparent gestaltet sein. Eine Entlassung aus dem GSP-Programm muß umkehrbar sein und eine Übergangsperiode enthalten. Die durch das GSP erfaßten Produkte sollten neben Landwirtschafts- und Textilgütern auch Industrieerzeugnisse enthalten.

Es gelang Südafrika, diese Interessen inhaltlich in die Resolution der afrikanischen Staaten einzubringen und als „Supporter“ dieses Entwurfs wesentlich an der Diskussion beteiligt zu sein.

Vermittlerrolle Südafrikas

Im weiteren verfolgte Südafrika - als ein Land, das als Entwicklungsland aber auch als Wirtschaftsnation einzuschätzen ist - das Ziel, Länder verschiedener Regionen und Entwicklungsstufen zusammenzuführen. Demgegenüber stand das Verhalten von Namibia und Sambia. Beide verfolgten in zunehmendem Maße eine Strategie der Polarisierung und Konfrontation innerhalb der Gruppe der afrikanischen Staaten und gegenüber den anderen Ländern. Dies beeinflusste auch den Inhalt der Resolution in einer Form, die für Südafrika weder mehrheitsfähig noch politisch und wirtschaftlich tragbar erschien. Deshalb sah sich die Delegation der Republik Südafrika gezwungen, ihre Rolle als Unterstützer der „afrikanischen Resolution“ aufzugeben. Sie

konzentrierte sich von nun an auf eine Vermittlerrolle zwischen den Industrienationen und den Entwicklungs- bzw. Transformationsländern.

Als Folge der beschriebenen Situation sollte „eine wahre Flut“ von Resolutionen zur Abstimmung gebracht werden, die zum Teil nur von einem oder von zwei Ländern eingebracht worden waren. Diese enthielten realistisches Diskussionspotential, gliederten sich aber weitgehend in ihren Kerngedanken. Auf letzteren Umstand machte schließlich auch der UNCTAD-Vorsitzende die Delegierten aufmerksam und forderte nachdrücklich, die jeweiligen Resolutionen zusammenzuführen oder im Interesse einer erfolgreichen und fruchtbaren Diskussion zurückzunehmen. Diese Intervention zeigte, daß Südafrika mit seiner übernommenen Vermittlerrolle auf dem richtigen Weg war. Es wurde aber auch offensichtlich, wie schwierig es für einzelne Länder scheint, selbst wenn sie zusammen mit anderen gleiche Interessen und Ideen verfolgen, diese miteinander zu koordinieren.

Obwohl am Ende eine Vielzahl der Resolutionen zusammengefaßt wurde, so daß sich die zur Abstimmung stehenden Resolutionsentwürfe stark reduzierten, gestaltete sich die Abstimmung über die Resolutionen als äußerst schwierig, langwierig und dauerte insgesamt 6,5 Stunden. Dabei wurde erfreulicherweise die Resolution, die im Kern die südafrikanischen Interessen widerspiegelte, mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Bedauerlicherweise kam es aus Zeitmangel nicht mehr dazu, daß innerhalb der UNCTAD über den zweiten Tagesordnungspunkt ernsthaft diskutiert werden konnte, obwohl Südafrika auch hier einige erfolgversprechende und konsensfähige Anregungen beizutragen gehabt hätte.

Im Ergebnis ist festzuhalten, daß die Atmosphäre der Diskussion - trotz mancher Entwicklungen, die an die Zeiten des kalten Krieges erinnerten - maßgeblich von der souveränen und sympathischen Art des Vorsitzenden geprägt war, die Sitzung zu leiten. Darüber hinaus hat uns immer wieder das Engagement der Studenten beeindruckt, die Interessen ihres "eigenen" Landes zu vertreten und durchzusetzen, obwohl dies zum Teil weniger durch Sachkenntnis als durch Lautstärke zum Ausdruck kam. Die UNCTAD-Delegation erlebte die NMUN-Teilnahme als unvergeßliche Erfahrung. Wir sind gespannt, ob und wen man in naher oder ferner Zukunft auf diplomatischen Parkett wiedersehen wird.

9.9 Südafrika in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)

vertreten von Renate Koßmehl und Lutz Güllner

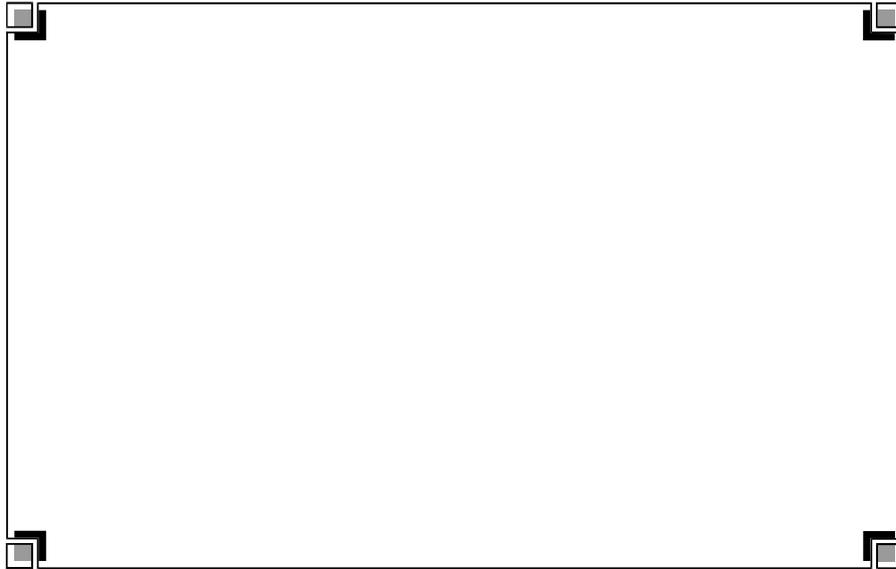
Die OAU

Die OAU wurde im Jahre 1963 gegründet, mit dem Ziel, Frieden und Stabilität unter den afrikanischen Staaten zu sichern, die nach und nach von ihren Kolonialmächten in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Heute sind alle souveränen Staaten Afrikas Mitglied der Organisation. Die OAU ist keine Unterorganisation der Vereinten Nationen, sie ist eine „intergovernmental organisation“, die in vielen Bereichen eng mit der UNO zusammenarbeitet, wie bei Maßnahmen von Peace-Keeping und Peace-Enforcement und weiteren Bereichen, bei denen die Bereitstellung größerer finanzieller Mittel nötig ist, die die OAU selbst nicht aufbringen kann.

Auf der vorgeschlagenen Agenda befanden sich diese Themen in der Reihenfolge:

1. Überprüfung der *1992 United Nations New Agenda for the Development of Africa in the 1990's*
2. Konfliktlösung und regionale Sicherheit
3. *Human Security*.

Die erste Handlung der Delegierten des Komitees bestand in der Änderung der Agenda, was zunächst ganz im Sinne der südafrikanischen Delegierten war. Das Thema *Conflict Resolution and Regional Stability* sollte für die Regenbogennation Priorität haben, denn politische Stabilität und Frieden in der Region sind die Voraussetzungen für den Aufbau der Wirtschaft eines Landes, was wiederum die Grundlage für den Kampf gegen Armut ist. Südafrika ist diesen Weg seit Abschaffung der Apartheid erfolgreich gegangen; die Wirtschaft funktioniert gut, der durchschnittliche Wohlstand der Bevölkerung ist erheblich angestiegen. Allerdings besteht eine enorme wirtschaftlich-soziale Kluft zwischen Südafrika und dem Großteil der afrikanischen Staaten, so daß die Mehrheit der Delegierten dem Thema *Human Security*



Für Südafrika in der OAU: Renate Koßmehl

oberste Priorität einräumten. Die Agenda wurde also in der Reihenfolge 3-2-1 festgesetzt:

Die versammelten Delegierten benötigten nur 45 Minuten einschließlich mehrmaliger Abstimmungen, um zu dieser Einigung zu kommen. Wir Vertreter Südafrikas waren mit diesem Ergebnis nicht zufrieden, zumal wir in der Kürze der Zeit nicht alle Register unserer Überzeugungskraft und Argumentationsvielfalt ziehen konnten.

Human Security

Human Security ist ein Sammelbecken für verschiedenste Unterthemen, die allesamt mit grundlegenden menschlichen Bedürfnissen zu tun haben. Heftig diskutiert wurde über die Themen Nahrungsmittelversorgung und -verfügbarkeit, Gesundheitsversorgung, Bildung, Wirtschaftshilfe von Außen und Infrastruktur. Gerade bei dem letzten Thema bekam die Diskussion eine starke US-amerikanische Prägung: Es entstand der Eindruck, in manchem Ländervertreter erwachte ein gewisser Pioniergeist, der die Forderung auf den Plan rief, ganz Afrika mit einem dichten Netz aus Straßen, Eisenbahn- und Wasserwegen zu überziehen. Die Südafrikaner mit dem europäischen Hintergrund beurteilten diese Forderung angesichts der geographischen und der ökonomischen Gegebenheiten in weiten Teilen Afrikas als etwas über das Ziel hinausgeschossen.

Wirtschaftshilfe

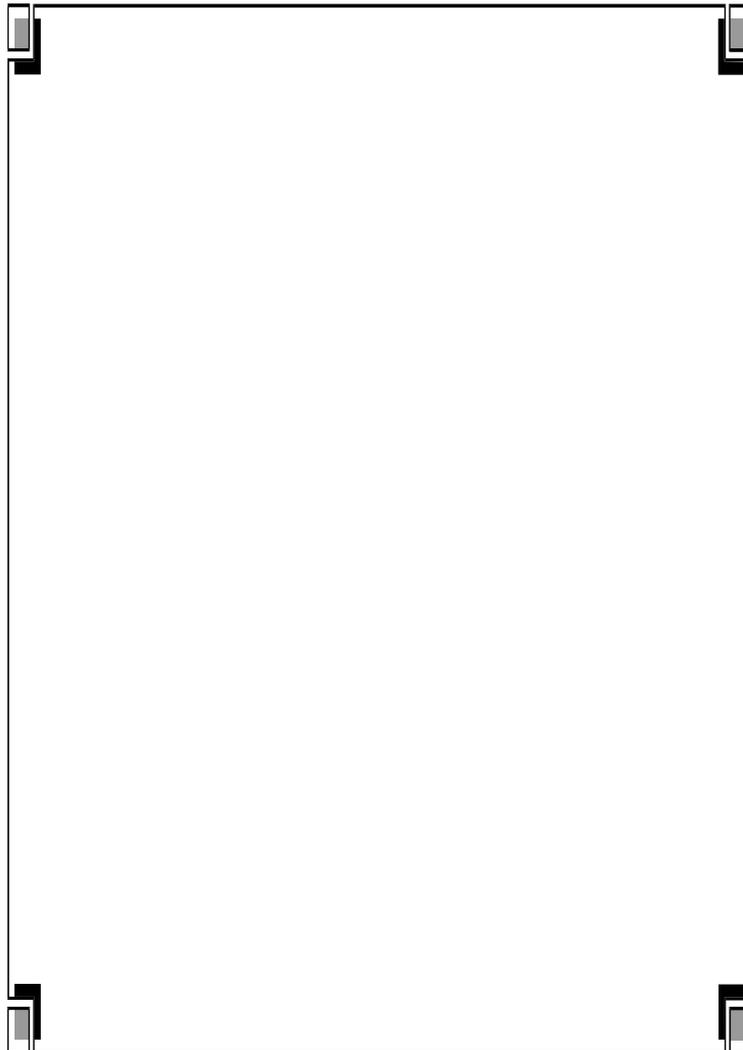
Der Punkt Wirtschaftshilfe von Außen wurde kontrovers diskutiert. Einige Länder wie Nigeria und Libyen lehnten diese Form der Finanzierung strikt ab und sahen die Souveränität ihrer Staaten gefährdet; Südafrika dagegen begrüßte diese sehr und sah darin ein gutes Mittel zum Aufbau der nationalen Wirtschaft. Dieser Standpunkt fand ausreichende Unterstützung, so daß er von Anfang an in den Resolutionsentwurf aufgenommen wurde.

„Good Governance“

Es waren die Vertreter der Republik Südafrika, die immer wieder das Thema „*good governance*“, was eine von demokratischen Grundsätzen geleitete Regierungsweise unter weitestgehender Beteiligung der Bevölkerung meint, in die Debatte einführten. Dieses Thema wurde in der formalen Diskussion von den wenigsten Ländervertretern aufgegriffen und fand zunächst auch nicht seinen Weg in einen der Resolutionsentwürfe, denn Libyen, Initiator des wichtigsten Resolutionsentwurfes, konnte natürlich keinen Demokratieprinzipien zustimmen. So blieb Nelson Mandela's Abgesandten nicht anderes übrig, als ihren wichtigen Vorschlag als sog. „unfreundlichen Änderungsantrag“ (*unfriendly amendment*) zum Resolutionsentwurf zur Abstimmung zu stellen. Zu unserer vollen Zufriedenheit entschied sich eine breite Mehrheit zugunsten des Antrags.

Konfliktlösung und regionale Sicherheit

Vor dem Hintergrund einer Reihe von Krisen und militärischen Auseinandersetzungen auf dem afrikanischen Kontinent wurde 1993 von den OAU-Staats- und Regierungschefs der Mechanismus für Konfliktlösung, -prävention und -management ins Leben gerufen. Ziel ist es, eine afrikanische Peace-keeping-Truppe aufzustellen, die - mit dem Mandat des UN-Sicherheitsrats - zur Beilegung von Konflikten eingesetzt werden kann. Die aktuellen Krisen (Konflikt im ehemaligen Zaire, Putsch auf den Komoren, Auseinandersetzung im Kongo etc.) haben diesem Projekt nochmals zu neuem Elan verholfen. Südafrika ist an der Funktions- und Einsatzfähigkeit eines solchen Mechanismus sehr interessiert. Deshalb traten wir auf der Konferenz als prinzipielle Fürsprecher einer Stärkung des Mechanismus auf. Dabei galt es zu verhindern, daß institutionelle Arrangements entstehen, die



Sachka Stefanova und Lutz Güllner

keine Verbindung zu den entsprechenden UN-Organen haben und somit Gefahr laufen würden, die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft zu verlieren. In Hinblick auf den bereits großen finanziellen Beitrag Südafrikas zum freiwilligen Peace Funds, mußten wir gleichzeitig vermeiden, weitere finanzielle Verpflichtungen zu übernehmen.

Unser Verhandlungsziel haben wir voll und ganz erreicht und konnten wesentliche Eckpunkte unserer Position durchsetzen. Südafrika war Initiator einer Resolution, die von einer Reihe von Mitgliedstaaten unterstützt und schließlich mit großer Mehrheit angenommen wurde. In der 80 Zeilen langen Resolution konnte wir folgende Positionen durchsetzen: Stärkung der Rolle der subregionalen Organisationen, Anerkennung der Notwendigkeit eines Frühwarnsystems, engere Zusammenarbeit mit den UN-Organen, Aufruf der internationalen Staatengemeinschaft zu finanziel-

ler Unterstützung, Einbeziehung der Ottawa-Konvention zur Beseitigung von Landminen und schließlich Stärkung des Verbots von illegalen Waffenlieferungen.

Speech before the OAU:

Honorable Chair, distinguished Delegates,
South Africa warmly welcomes all the efforts, the energy and the enthusiasm everybody puts in the work in order to create more efficient mechanisms to conflict resolution. We are very glad that we have already a first draft resolution in front of us.

South Africa fully supports the idea of strengthening the role of women in general and especially in the field of conflict resolution. In our societies, women carry a lot of responsibility. They are the center of the families, which are the smallest elements to form our nation's society. Women always knew how to solve conflicts in their families and in their village's society in a peaceful manner through finding compromises that make all involved parties content.

We shall not ignore this valuable knowledge of the women, but let them contribute to a solution to Africa's most urgent trouble. Therefore, South Africa asks every African nation to support this draft.

Thank You.

1992 New Agenda for the Development

Im Jahre 1992 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen ein umfassendes Programm zur nachhaltigen Entwicklung des afrikanischen Kontinents geschaffen. Dieses Programm umfaßt Maßnahmen im sozialen Bereich (Nahrungsmittelversorgung, Gesundheitswesen, Bildung und Erziehung, Stärkung der Rolle von Frauen und Kinder usw.), zur politischen Stabilität, zum Aufbau der Wirtschaft, im Bereich des Umweltschutzes usw. Die Agenda beinhaltet die Umsetzung dieser Ziele innerhalb von zehn Jahren. Nach fünf Jahren, im Jahr 1995, hatte die Generalversammlung bereits einen *Midterm-Review* der Agenda verabschiedet, in dem die Veränderungen in diesen Bereichen auf dem afrikanischen Kontinent festgestellt wurden.

Angesichts der leider nur begrenzten Zeit der Konferenz konnte dieses Thema nicht mehr behandelt werden.

Die Rules of Procedure

Wenige Wochen vor Beginn des UNO-Planspiels in New York hatte die gesamte Delegation Südafrikas an einer Simulation des Sicherheitsrates teilgenommen, die gemeinsam mit Diplomaten und anderen Studenten im Rahmen der DSE durchgeführt wurde. Dabei konnten wir uns ausgiebig mit den *Rules of Procedure*, den Umgangsformen auf multinationalen Konferenzen, anfreunden und brauchten nicht länger zu befürchten, auf dem glatten diplomatischen Parkett über eben diese Regeln zu

stolpern. Amerikanische Teilnehmer seien mit diesen strikten, formalen Regeln gut vertraut, hieß es während unserer Vorbereitung. Großes Erstaunen riefen dann die höchst unterschiedlichen Interpretationen ein- und derselben Formalität hervor, speziell die der formalen Anrede des Plenums. Es reichte vom formalen „honorable Mr. President, distinguished delegates“ über schlicht und einfach „fellow delegates“, „delegates“ oder „hello there“ bis zum betont unverklemmten „hi folks, how is everybody doin’?“ unterstützt durch die Hand in der Hosentasche, mit Geldmünzen klimpernd - versteht sich.

Resolution**OAU/2/4****Conflict Resolution**

Sponsored also by South Africa

The OAU

Reaffirming Africa's determination to assume its responsibilities for peace, security and stability of the continent,

Recognizing the need for African solutions for African problems,

Reiterating the principles established in the 1993 Cairo Summit and its Declaration on the Establishment of the OAU Mechanism for Conflict Prevention, Management and Resolution,

Emphasizing the need for a closer cooperation between the United Nations and the OAU in all questions of African peace and security, particularly welcoming the report of the UN Secretary General on „Improving preparedness for conflict prevention and peacekeeping in Africa“ (A/50/711),

1. Takes note of the various existing initiatives on the African continent aimed at enhancing the capacities for preventive action, peacemaking and, where appropriate, peacekeeping;
2. Encourages the integration of and cooperation between sub-regional organizations such as ECOWAS and SADC and the OAU Central Organ of the Mechanism of Conflict Prevention, Management and Resolution, to provide a swift response to regional conflict;
3. Suggests as a framework for coordination between sub-regional organization and the Central Organ in order to ensure the utilization of available resources in the region of the following criteria:
 - (a) sub-regional organizations work in coordination with the OAU Mechanism of Conflict Prevention, Management and Resolution to provide a rapid response to conflicts when so necessary,
 - (b) openness to all African Nations in the participation of peacekeeping operations on the African continent,

(c) the need for the impartiality and adequate multilateral contribution of troops to peacekeeping initiative on the African continent;

4. Emphasizes the need for an effective Early Warning System to be established by the OAU and focused on a regional basis to identify potential and early stages of conflict to facilitate a rapid response when so necessary;

5. Expresses the need for international financial support for post-conflict peacebuilding to restore stability as an essential step toward discouraging the repetition of conflicts;

6. Deplores the continuing use of mercenaries in violation to the provisions of the OAU convention on Mercenarism and urges all Member States to comply with this convention;

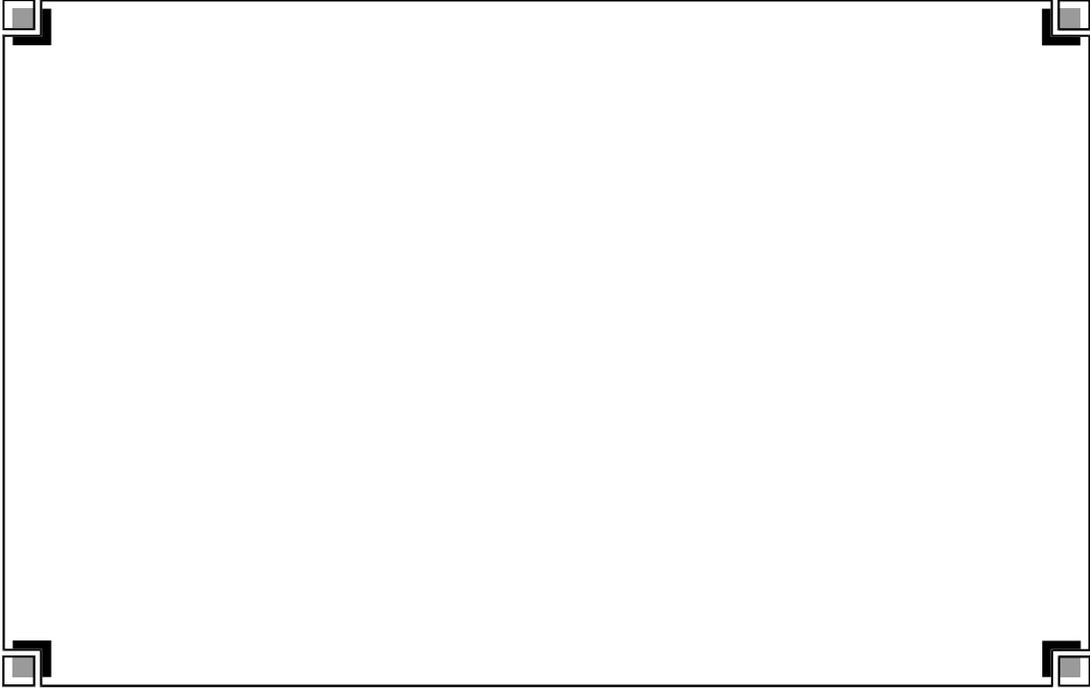
7. Welcomes the continued use of election monitors from the OAU Mechanism of Conflict Prevention, Management and Resolution to ensure free and fair elections for those Member States that request it;

8. Reiterates the fact that preventive diplomatic efforts will provide the most sustainable peace and this organization's commitment to achieving peaceful resolution of disputes, and realizing that preventive diplomacy saves more lives and resources in the long term than crisis management;

9. Encourages the remainder of the International Community that have not yet done so to sign and ratify the Ottawa Convention on the Elimination of Landmines, and to coordinate efforts between Member States and the United Nations Development Program's Landmine Clearance Programme to restore peoples' safety after armed conflicts have ceased;

10. Appeals to the International Community for the provision of new and additional funding to the OAU Peace Fund, as well as the appropriation of logistical materials which strengthen the Mechanism's capacity to effectively respond to breaches of the peace on the African continent;

11. Deplores the illicit transport of arms throughout Africa and affirms the need for transparency as a confidence building measure.



Die Südafrikanische Delegation verabschiedet sich: v.l.n.r.: Stefanie Dobbert, Matthias Diehl, Katrin Luger, Gregor C. Blach, Peggy Wittke, Lutz Güllner, Jens Weinmann, Sachka Stefanova, Valerie Weinzierl, Jan Bittner, Pia Castro, Liv Jacobsen, Philipp Belter, Tobias Kahler, Christian Webersik und Markus Fibinger

